

**Marx, Karl.** Kritik des Gethner Programms. Mit Anhang  
und Anmerkungen. Herausg. v. Marx-Engels-  
Lenin-Institut Moskau, Red. v. A. A. A. A.  
Feb. 1934. XVIII, 189 S. Lm. 4.--

(Bibliothek d. Marxismus-Leninismus)

#### BERICHTIGUNG

Selte VIII Zeile 17 v. u. anstatt: Ideologische  
lies: biologische

38 5 v. u. anstatt: „reaktionären Massen“  
lies: „reaktionäre Masse“

BIBLIOTHEK  
DES MARXISMUS-LENINISMUS

KARL MARX

KRITIK DES  
GOTHAER PROGRAMMS

MIT ANHANG  
UND ANMERKUNGEN

BESORGT VOM  
MARX-ENGELS-LENIN-INSTITUT  
MOSKAU  
UNTER REDAKTION  
VON W. ADORATSKI



RING-VERLAG A.G. / ZÜRICH I

A 96 - 03195

Copyright 1934 by RING-VERLAG A.-G., Zürich I

Druck: Pelschatayj Dwor, Leningrad

## VORWORT

Die „Kritik des Gothaer Programms“ ist neben dem „Kommunistischen Manifest“ eine der bedeutendsten programmatischen Arbeiten von Marx. Auf wenigen Seiten, in gedrängten Sätzen, entwickelt er die wichtigsten theoretischen Grundsätze des Programms der Partei des Proletariats.

In dieser Arbeit beschäftigt sich Marx sehr eingehend mit der Frage der Uebergangsperiode, des Sozialismus, des Kommunismus. Gegenwärtig ist für uns diese Schrift Marx' von ganz besonderer Bedeutung. Gerade jetzt, wo unter der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion dieser Uebergang verwirklicht wird, erlangen die wissenschaftlichen Voraussagen von Marx besondere Bedeutung, erhalten den Charakter praktischer Direktiven, die unmittelbar durchgeführt werden. Und wenn in der Sowjetunion im Kampfe gegen den erbitterten Widerstand der Bourgeoisie und ihrer Agenten — der Opportunisten — bereits das Fundament der sozialistischen Wirtschaft errichtet worden ist, wenn die KPdSU auf ihrer 17. Konferenz als politische Hauptaufgabe des zweiten Fünfjahrplans die „endgültige Liquidierung der kapitalistischen Elemente und Klassen überhaupt, die völlige Beseitigung der Ursachen, die Klassenunterschiede und Ausbeutung erzeugen, die Ueberwindung der Ueberbleibsel des Kapitalismus in der Wirtschaft und im Bewußtsein der Menschen, die Umwandlung der gesamten werktätigen Bevölkerung des Landes in zielbewußte, aktive Schöpfer der klassenlosen Gesellschaft“ proklamiert hat, so zeigt das am treffendsten, daß gerade die Politik des Bolschewismus die unmittelbare Fortsetzung der Politik ist, die Marx und Engels ihr ganzes Leben hindurch getrieben haben. Der jetzige Kampf der KPdSU und der Komintern gegen den Sozialfaschismus, den konterrevolutionären Trotzismus und gegen all die verschiedenartigen Formen

des jetzigen Opportunismus bildet die Fortsetzung jenes Kampfes, den Marx und Engels ihr ganzes Leben lang geführt haben. Die Erfolge des sozialistischen Aufbaus sind das Ergebnis der revolutionären marxistisch-leninistischen Politik, die auf die Entfaltung des Klassenkampfes gegen die kapitalistische Ausbeutung, gegen die Bourgeoisie gerichtet ist, — eines Kampfes, den alle Unterdrückten und Ausgebeuteten unter der Hegemonie des revolutionären Proletariats führen.

\*

Mit seiner „Kritik“ trat Marx im Mai 1875 gegen die groben opportunistischen Fehler auf, die die Führer der deutschen Sozialdemokratie in prinzipiellen und programmatischen Fragen bei der Vereinigung der beiden damaligen deutschen Arbeiterparteien begangen hatten — der von Liebknecht und Bebel geführten „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (der sogenannten „Eisenacher“) und der von Hasenclever, Hasselmann und Tölcke geführten Partei Lassalles, des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“. Diese beiden Parteien entstanden in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts, als die Frage der Schaffung eines deutschen Einheitsstaates noch nicht entschieden worden war, eine Frage, die wegen ihrer allgemein nationalen Bedeutung auch während der Revolution von 1848/49 eine sehr wichtige Rolle spielte, aber ungelöst blieb. Gelöst werden konnte sie auf zweierlei Weise: entweder durch eine bürgerlich-demokratische Revolution, die das „Vorspiel“ einer proletarischen Revolution sein konnte und mußte, wie Marx und Engels bereits 1847 schrieben, oder auf „preußische Weise“, d. h. durch die Einigung Deutschlands unter der Hegemonie der militärisch-bürokratischen, halbfeudalen preußischen Monarchie, durch die Schaffung eines bürgerlich-junkerlichen Staates. Die Partei Liebknechts und Bebels kämpfte unter dem starken Einfluß von Marx und Engels für den ersten Weg, die Lassalleaner dagegen, welche die Politik Lassalles fortsetzten, die im Kampfe für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter auf die Unterstützung durch den Junkerstaat rechnete, trieben eine Poli-

tik, die in Wirklichkeit die Lösung der Frage der Einigung Deutschlands nach den Methoden der Junker begünstigte. Deshalb brandmarkte Marx die Lassalleaner und nannte sie „königlich-preußische Sozialisten“. Eine Reihe von Kriegen, besonders der deutsch-französische Krieg 1870/71, das Bündnis, das die Bourgeoisie aus Furcht vor dem Proletariat mit den Junkern schloß, die Feigheit des deutschen Kleinbürgertums, die Schwäche und Unreife des deutschen Proletariats, die Niederlage der Pariser Kommune, — alles das führte dazu, daß die Frage der Einigung Deutschlands gerade auf „preußische“ Weise gelöst wurde. So fiel eine der in politischer Hinsicht wichtigsten Differenzen zwischen den beiden Arbeiterparteien fort. Die Partei- und Arbeitermassen forderten die Einigung, aber Marx sah einen gefährlichen Opportunismus in jener Prinzipienlosigkeit, mit der die Führer der Eisenacher ein Programm zusammenpflüschten, das ein Mischmasch war von vormarxistischen, insbesondere Lassalleschen Dogmen, vulgärdemokratischen Forderungen und vollständig entstellten kommunistischen Thesen. Marx hielt ein solches eklektisches Programm für ganz unbrauchbar. Nach Marx' Auffassung beschwor ein solches Programm die Gefahr des Sektierertums und der kleinbürgerlichen Entartung für die Partei herauf, öffnete dem Opportunismus Tür und Tor. Gegen diese Gefahr trat Marx in seiner „Kritik“ auf.

Kein Zufall, daß diese Schrift Marx', die zum erstenmal von Engels in der „Neuen Zeit“ im Jahre 1891 veröffentlicht wurde, als in der deutschen Sozialdemokratie die opportunistischen Tendenzen abermals erstarkten, von der deutschen Sozialdemokratie später nicht mehr herausgegeben worden ist. Es ist auch sicherlich kein Zufall, daß Rjasanow, der dem Leninismus den „Marxismus“ der II. Internationale entgegenstellte und zu guter Letzt den menschwistischen Interventen zuliebe an der Partei und der Diktatur des Proletariats direkten Verrat beging, in den zehn Jahren, in denen er das Marx-Engels-Institut leitete, nicht die Zeit gefunden hat, dieses überaus wichtige Dokument des revolutionären Marxismus zum Druck vorzubereiten.



Den zentralen Punkt in der „Kritik des Gothaer Programms“ bildet die Analyse der „Entwicklung des künftigen Kommunismus“ im engsten Zusammenhang mit der Frage der revolutionären Diktatur des Proletariats.

Die gewaltige prinzipielle und praktische Bedeutung dieses Teils der „Kritik“ hat Lenin im Jahre 1917 in seiner Schrift „Staat und Revolution“ besonders hervorgehoben, in der er die von Marx begründete Idee der Diktatur des Proletariats entwickelte. In dieser Schrift sagt Lenin:

„Am ausführlichsten erörtert Marx diese Frage (über die wirtschaftlichen Grundlagen des Absterbens des Staats) in seiner ‚Kritik des Gothaer Programms‘. . . Der polemische Teil dieses bedeutsamen Werkes, der eine Kritik des Lassalleantertums gibt, hat seinen positiven Teil sozusagen in den Schatten gestellt, nämlich: die Analyse des Zusammenhangs zwischen der Entwicklung des Kommunismus und dem Absterben des Staats“ (Lenin, Sämtliche Werke, Bd. 21, S. 539).

Weiter schreibt Lenin:

Indem Marx „die Frage der Entwicklung der kommunistischen Gesellschaft stellt, stellt er sie . . . auf Grund der Tatsache, daß sie aus dem Kapitalismus hervorgeht, sich historisch aus dem Kapitalismus entwickelt, das Resultat der Wirkungen einer gesellschaftlichen Kraft ist, die der Kapitalismus erzeugt hat. Bei Marx findet sich auch nicht die Spur eines Versuches, Utopien zu konstruieren, in der blauen Luft über Dinge heranzuraten, die man nicht kennen kann. Marx stellt die Frage des Kommunismus so, wie der Naturforscher sie in bezug auf, sagen wir, eine neue ideologische Abart stellen würde, wenn ihm bekannt wäre, daß sie so und so entstanden ist und sich in der und der bestimmten Richtung modifiziert (Ebenda, S. 540).

Marx bestimmte, ohne sich auf Utopien einzulassen, näher das, was sich jetzt über diese Zukunft bestimmen läßt, nämlich den Unterschied zwischen der niederen und der höheren Phase (Stufe, Etappe) der kommunistischen Gesellschaft . . . Er liefert eine nüchterne Kalkulation, wie die sozialistische Gesellschaft zu wirtschaften gezwungen sein wird. Marx geht an die konkrete Analyse der Lebensbedingungen einer solchen Gesellschaft, in der es keinen Kapitalismus geben wird . . .“ (Ebenda, S. 547).

Die Analyse der kapitalistischen Gesellschaft und des unvermeidlichen Ganges ihrer Entwicklung, der Lage und der Rolle des Proletariats in ihr, die Analyse der „ökonomischen Grundlagen für das Absterben des Staates“ führen Marx zu dem Schluß von der Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit einer „politischen Uebergangsperiode zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft“. Der Staat dieser Ueber-

gangsperiode „kann nichts anderes sein als die revolutionäre Diktatur des Proletariats“.

In dieser „berühmten Erörterung von Marx — schrieb Lenin in seiner Schrift über den Renegaten Kautsky — ist die Summe seiner ganzen revolutionären Lehre gezogen“ (Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXIII).

Im Jahre 1918 hatte der Renegat Kautsky die Frechheit, zu erklären, daß die Losung der Diktatur des Proletariats (er bezeichnet sie als „Wörtchen“) von Marx nur ein einziges Mal in der „Kritik des Gothaer Programms“ aufgestellt worden sei. Das ist natürlich eine Lüge. In Wirklichkeit zieht sich die Idee der Diktatur des Proletariats wie ein roter Faden durch die ganze Lehre, durch alle Werke von Marx und Engels. Aber zweifellos hat Marx in der „Kritik“ diese Idee am schlagendsten formuliert und sie durch eine umfassende Analyse der Entwicklung der kommunistischen Gesellschaft begründet, wobei er auf die Frage der „Ausnutzung der Macht des Proletariats für die Errichtung des Sozialismus, für die Beseitigung der Klassen, für den Uebergang zur klassenlosen Gesellschaft, zur Gesellschaft ohne Staat“ (Stalin) besonders ausführlich eingegangen ist.

Die Erfahrung der Revolution in Rußland, die Erfahrung von 14 Jahren proletarischer Diktatur und sozialistischem Aufbau in der Sowjetunion, das Programm des zweiten Fünfjahrplans — des Fünfjahrplans der Beseitigung der Klassen und der Errichtung der klassenlosen sozialistischen Gesellschaft — und die Aufgaben, vor denen jetzt das Proletariat der kapitalistischen Länder steht, haben die von Marx gegebene Analyse des „Ueberganges vom Kapitalismus zum Kommunismus“, der „ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft“ vollkommen bestätigt. Und auch die hohe Einschätzung dieser Analyse durch Lenin in seiner Schrift „Staat und Revolution“ hat sich bestätigt. Klar geworden ist die ganze gewaltige Bedeutung jenes rücksichtslosen Kampfes, den Lenin gegen die Renegaten des Marxismus vom Schlage Kautskys führte, die alle Grundgedanken Marxens entstellten, gegen die Sozialverräter, die ganz in das Lager der konterrevolutionären Bourgeoisie übergegangen sind.

Die von Marx in der „Kritik“ gegebene konkrete Analyse „der Lebensbedingungen einer Gesellschaft, in der es keinen Kapitalismus geben wird“ erlangt besondere Bedeutung im Zusammenhang mit dem Kampf, den die KPdSU gegenwärtig gegen die linke Gleichmacherei auf dem Gebiet der Lohnpolitik, des Tarifsystems führt, deren unrichtige Organisation zur Fluktuation der Arbeitskräfte führt, die eine der Hauptursachen für das Zurückbleiben einiger Industriezweige in der Sowjetunion ist und dadurch den sozialistischen Aufbau hemmt.

Lenin hat sich wiederholt gegen die oberflächlichen oder heuchlerischen „Betrachtungen“ über die Gleichheit ausgesprochen, die in beiden Fällen der Bourgeoisie zugute kommen\*. Die KPdSU, insbesondere Genosse Stalin, mußte bereits im Jahre 1926 auf das entschiedenste das demagogische Geschwätz von der Gleichheit zurückweisen, als Sinowjew in dem Artikel „Die Philosophie der Epoche“ (September 1925) mit dieser Losung auftrat.

Als im vergangenen Jahr die kleinbürgerlichen Ueberbleibsel, Vorurteile und Tendenzen bei einem Teil der Wirtschaftler und Gewerkschaftler der Sowjetunion sich auf einigen Gebieten der sozialistischen Rekonstruktion der Volkswirtschaft so schädlich auswirkten, wies Genosse Stalin in seiner historischen Rede auf dem Kongreß der Wirtschaftler darauf hin, daß die Beseitigung der „linken“ Gleichmacherei eine der Voraussetzungen der erfolgreichen Durchführung des Fünfjahrplans in vier Jahren sei, und berief sich direkt auf Marx, wobei er in erster Linie die in der „Kritik des Gothaer Programms“ enthaltene Darlegung der Lebensbedingungen in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, d. h. unter dem Sozialismus, im Auge hatte. Die betreffende Stelle aus der Rede des Genossen Stalin lautet:

„Marx und Lenin sagen, daß der Unterschied zwischen qualifizierter und unqualifizierter Arbeit sogar unter dem Sozialismus, sogar nach der Beseitigung der Klassen bestehen wird, daß erst unter dem Kommunismus dieser Unterschied verschwinden wird, daß infolgedessen der ‚Arbeitslohn‘ sogar unter dem Sozialismus nach der Leistung, nicht aber nach den Bedürfnissen bezahlt werden muß. Aber unsere Gleichmacher unter den Wirtschaftlern und Gewerkschaftlern sind nicht einverstanden damit und glauben,

\* Siehe „Staat und Revolution“. Die Stellen, die die „Kritik des Gothaer Programms“ behandeln, bringen wir auf S. 90—114.

daß dieser Unterschied unter unserem Sowjetsystem bereits verschwunden sei. Wer hat Recht? Marx und Lenin oder die Gleichmacher? Es ist anzunehmen, daß Marx und Lenin Recht haben. Aber daraus folgt, daß diejenigen, die das Tarifsystern auf den ‚Grundsätzen‘ der Gleichmacherei aufbauen, ohne Berücksichtigung des Unterschiedes zwischen qualifizierter und unqualifizierter Arbeit, mit dem Marxismus, mit dem Leninismus brechen“.

Als Genosse Stalin der Gleichmacherei den Krieg erklärte und die Partei, die Gewerkschafts- und Wirtschaftsorganisationen der Sowjetunion den Weg der konsequenten Erfüllung dieser überaus wichtigen Bedingungen für den erfolgreichen sozialistischen Aufbau beschriften, da äußerten die bürgerlichen und sozialfaschistischen Kritiker im Ausland, die rechten und „linken“ Kritiker in der Sowjetunion ihre Schadenfreude über diese Losung des Genossen Stalin und attackierten sie mit allen möglichen heuchlerischen Gegenargumenten. Sie sprachen von Zugeständnissen an die kapitalistischen Methoden, von dem Verzicht auf das kommunistische Prinzip. Kommunismus sei doch Gleichheit; also bedeute die Beseitigung der Gleichmacherei den Verzicht auf das kommunistische Prinzip, die Lossage von den Prinzipien des Marxismus.

In einer Unterredung mit dem deutschen Schriftsteller Emil Ludwig erklärte Genosse Stalin unter direkter Berufung auf die „Kritik des Gothaer Programms“ über diese Frage folgendes:

„Einen Sozialismus, unter dem alle Menschen den gleichen Lohn, die gleiche Menge Fleisch, die gleiche Menge Brot bekommen, die gleichen Kleider tragen, die gleichen Lebensmittel in der gleichen Menge erhalten, — einen solchen Sozialismus kennt der Marxismus nicht. Der Marxismus behauptet lediglich: solange die Klassen nicht endgültig beseitigt sind, solange nicht die Arbeit aus einem Existenzmittel zur ersten Lebensnotwendigkeit, zur freiwilligen Arbeit für die Gesellschaft geworden ist, werden die Menschen für ihre Arbeit nach der Leistung bezahlt werden. ‚Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung‘ — das ist die marxistische Formel des Sozialismus, d. h. die Formel des ersten Stadiums des Kommunismus, des ersten Stadiums der kommunistischen Gesellschaft. Erst in einem höheren Stadium des Kommunismus, erst in einer höheren Phase des Kommunismus wird jeder, der entsprechend seinen Fähigkeiten arbeitet, für seine Arbeit entsprechend seinen Bedürfnissen bezahlt werden. ‚Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen‘.

Es ist ganz klar, daß verschiedene Menschen verschiedene Bedürfnisse haben und auch unter dem Sozialismus haben werden. Der Sozialismus hat niemals den Unterschied in bezug auf Geschmack, Quantität und Qualität der Bedürfnisse geleugnet. Lesen Sie, wie Marx Stirner wegen seiner Tendenz zur Gleichmacherei kritisierte. Lesen Sie die Marxsche ‚Kritik des Gothaer Programms‘ vom Jahre 1875, lesen Sie die späteren Werke von



Marx, Engels, Lenin, und Sie werden sehen, mit welcher Schärfe sie die Gleichmacherei angreifen. Die Gleichmacherei hat ihren Grund in der bürgerlichen Denkweise, in der Psychologie der gleichmäßigen Teilung aller Güter, in der Psychologie des primitiven bürgerlichen „Kommunismus“. Die Gleichmacherei hat mit dem marxistischen Sozialismus nichts gemein. Nur Leute, die den Marxismus nicht kennen, können sich die Sache so primitiv vorstellen, als ob die russischen Bolschewiki alle Güter zusammenfassen und sie dann gleichmäßig aufteilen wollen. So stellen sich die Sache Leute vor, die nichts mit dem Marxismus gemein haben. So haben sich den Kommunismus solche Leute vorgestellt, wie die primitiven „Kommunisten“ aus der Zeit Cromwells und der französischen Revolution. Aber der Marxismus und die russischen Bolschewiki haben nichts gemein mit diesen „Kommunisten“ der Gleichmacherei.“

Die Praxis des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR ist ein ausgezeichnete historischer Prüfstein für die Richtigkeit der überaus tiefen Analyse und kühnen wissenschaftlichen Voraussage Marxens in der „Kritik des Gothaer Programms“.

Indem die KPdSU den Kampf gegen die kleinbürgerliche Gleichmacherei führt und sie unter das Feuer der bolschewistischen Selbstkritik nimmt, kämpft sie für den wirklichen Marxismus-Leninismus, gegen die kleinbürgerliche, opportunistische Entstellung des wissenschaftlichen, proletarischen Kommunismus von Marx und Lenin.

\*

Das Schreiben von Marx an Bracke wurde zusammen mit der „Kritik des Gothaer Programms“ auf Verlangen von Engels im Jahre 1891 in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht. Bei der Drucklegung wurden auf Verlangen der Redaktion mit Einverständnis von Engels einige Kürzungen vorgenommen. Wir bringen hier den vollständigen Text.

Außer der „Kritik“ bringen wir in chronologischer Reihenfolge eine Reihe Briefe von Marx und Engels, die aus Anlaß des Gothaer Programms geschrieben wurden. Sie bilden eine wesentliche Ergänzung sowohl des polemischen als auch des positiven Teils der „Kritik“ und werfen auch ein Licht auf die Geschichte ihrer Abfassung.

Das Schreiben von Engels an Bebel vom 18./28. März 1875 wurde unter dem frischen Eindruck der Bekanntschaft mit dem Programmentwurf abgefaßt, der am 7. März 1875 in den Organen beider sozialistischer Parteien veröffentlicht worden war — im

„Volksstaat“ der Eisenacher und im „Neuen Sozial-Demokraten“ der Lassalleaner. Die Hinweise von Engels, daß man sich mit der Einigung nicht beeilen, sondern auf die Isolierung der Führer der Lassalleaner Kurs halten solle, daß man um die Massen kämpfen solle, wurden von den Eisenachern nicht berücksichtigt. Lenin bemerkt in seinen vorbereitenden Materialien zur Broschüre „Staat und Revolution“, daß dieser Brief von „außerordentlicher Wichtigkeit für die Frage des Staats“ ist. Er analysiert aufs eingehendste diesen Brief und legt die in ihm aufgestellten theoretischen Lehrensätze dar.

Der Brief von Marx an W. Bracke vom 5. Mai 1875, der den Begleitbrief zur „Kritik“ bildet, enthüllt die größten taktischen Fehler der Führer der Eisenacher — insbesondere Liebknechts — bei den Einigungsverhandlungen. Besonders fällt die Drohung auf, daß im Falle der Annahme des Programms Marx und Engels öffentlich erklären werden, daß sie nichts mit ihm zu tun haben. Dieser Brief enthält die berühmten Worte, daß „jeder Schritt wirklicher Bewegung wichtiger ist als ein Dutzend Programme“. Die Opportunisten aller Schattierungen — sowohl in Rußland als im Westen — versuchten diesen Ausspruch von Marx in ihrem Kampfe gegen die Unversöhnlichkeit in theoretischen, prinzipiellen, programmatischen Fragen, d. h. gegen den revolutionären Marxismus auszunutzen, suchten in ihm die Rechtfertigung für jede Simpelei, jeden Eklektizismus in der Theorie, jeden Opportunismus und nackten Empirismus in der Praxis.

Als im Jahre 1902 die „Oekonomisten“, die Anhänger des Organs „Rabotscheje Djelo“, diesen Ausspruch von Marx zur Rechtfertigung ihres opportunistischen Praktizismus aufgriffen, wies Lenin diesen Versuch entschieden zurück und erklärte den wirklichen Inhalt der Worte von Marx im Zusammenhang mit jener konkreten Situation, in der sie von Marx geschrieben wurden: „Wenn man sich schon vereinigen mußte — schrieb Marx an die Führer der Partei —, so schließt Abkommen ab im Namen der Verwirklichung der praktischen Ziele der Bewegung, aber laßt keinen Prinzipienhacker zu, macht keine theoreti-



schen ‚Zugeständnisse‘. Das war Marx' Gedanke.“ (Lenin, Sämtliche Werke, Bd. IV, 2. Teil, S. 152.)

Die zwei folgenden Briefe von Engels an Bracke in Braunschweig vom 11. und an Bebel in Leipzig vom 12. Oktober 1875 enthalten eine kurze, aber vernichtende Charakteristik des damals angenommenen Programms.

In diesen Briefen finden wir die Erklärung dafür, warum Marx und Engels von ihrer ursprünglichen Absicht, öffentlich gegen das Gothaer Programm aufzutreten, Abstand nahmen. Engels weist darauf hin, daß sowohl die Bourgeoisie als auch die Parteimassen, die Arbeiter das konfuse Programm „kommunistisch gedeutet“ haben und ihm „unsere Absichten“, d. h. einen revolutionären Inhalt, „unterschieben“. Im Zusammenhang damit muß man die Aufmerksamkeit auf diejenigen Stellen in diesen Briefen lenken, in denen Engels direkt von der Unvermeidlichkeit der Spaltung in der nächsten Zeit spricht. Marx und Engels hielten zweifellos Kurs auf die Spaltung von den Führern der Lassalleaner.

Da der Einfluß des „spezifischen Lassalleantums“ mit seinem Kurs auf die Verständigung mit Bismarck und dem Glauben an die Allmacht des allgemeinen Wahlrechts und der Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe, besonders in den Jahren des Sozialistengesetzes (1878—1890) in der vereinigten Partei stark zurückging und die ehemaligen „Eisenacher“, die Marx und Engels näherstanden, die Lassalleaner rasch von den leitenden Stellen in der Partei verdrängten, so war die Frage der Spaltung gerade wegen des Programms nicht mehr aktuell, so fiel die Notwendigkeit weg, öffentlich Kritik gerade an diesem Dokument zu üben.

Der Opportunismus und die versöhnlerische Stellungnahme zu ihm in der vereinigten Partei traten im Zusammenhang mit neuen Ereignissen in einer neuen Situation an den Tag. Marx und Engels mußten einen energischen Kampf gegen den Opportunismus in der deutschen Sozialdemokratie führen („Anti-Dühring“, „Rundschreiben von 1879“, „Kritik des Erfurter Programms“ usw.). Die Fehler, die bei der Vereinigung in Gotha

begangen worden waren, mußten sich in der Folge auswirken, um so mehr, als die deutsche Sozialdemokratie diese Fehler niemals einer entschiedenen gründlichen Kritik unterzog. Einen Beweis für die Bedeutung, die Engels den weiteren Auswirkungen dieser Fehler beilegte, bilden die beiden von uns veröffentlichten Dokumente über den Kampf, den Engels aus Anlaß der Veröffentlichung der Marxschen „Kritik des Gothaer Programms“ im Jahre 1891 führte. Das erste von beiden ist das Vorwort, das Engels im Jahre 1891 der Marx'schen „Kritik“ vorausschickte, die er im theoretischen Zentralorgan der deutschen Partei, in der „Neuen Zeit“, veröffentlichte. Zu jener Zeit, nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes, begann sich in den führenden Parteikreisen, insbesondere unter den Mitgliedern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine starke opportunistische Richtung herauszubilden. Die bevorstehende Revision des Parteiprogramms bildete den Anlaß dafür, daß Engels gegen die Opportunisten auftrat und die „Kritik“ von Marx veröffentlichte, dessen Name offiziell auf dem Banner der Partei stand, — allerdings neben dem Namen Lassalles. Engels selbst nannte diese Veröffentlichung eine „Bombe“ (in dem Brief an Sorge vom 17. Januar 1891). Durch die Drohung, im äußersten Fall die „Kritik“ in Wien zu veröffentlichen, zwang er Kautsky, den Redakteur der „Neuen Zeit“, sie in diesem theoretischen Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie abzudrucken. Die breiten Parteimassen nahmen die Publikation „mit sehr viel Freude“ auf, aber bei den „sozialistischen Machthabern“ löste sie, wie Engels auch erwartet hatte, außerordentliche Erregung aus (Brief an Sorge vom 11. Februar 1891). Die Fraktion beeilte sich, durch Grillenberger von der Reichstagstribüne aus zu erklären, daß die Partei die Ansichten und Direktiven von Marx, insbesondere seine Idee der Diktatur des Proletariats abgelehnt und sie nie geteilt habe. Das Zentralorgan der Partei, der „Vorwärts“, erklärte offiziell, daß die Veröffentlichung der „Kritik“ ohne Wissen des Parteivorstandes erfolgt sei, der niemals seine Zustimmung dazu gegeben hätte, und Bebel hielt es für notwendig, diese Erklärung selbst zu wiederholen. Engels antwor-

tete auf diese Empörungsschreie der Führer mit einer neuen „Bombe“, mit einer neuen Ausgabe des „Bürgerkriegs in Frankreich“, dieses flammenden Manifests, in dem Marx den ersten heroischen Versuch der „himmelstürmenden“ Pariser Arbeiter, die Diktatur des Proletariats zu errichten, einer genialen historischen Analyse unterzog. Sein Vorwort zur Neuauflage des „Bürgerkriegs“ schloß Engels mit folgenden, an die „sozialistischen Machthaber“ in Deutschland gerichteten Worten:

„Der sozialdemokratische Philister\* ist neuerdings wieder in heilsamen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats. Nun gut, ihr Herren, wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats.“

Das letzte Dokument — der Brief von Engels an Kautsky vom 23. Februar 1891 — wirft gerade ein helles Licht auf diese feindselige Aufnahme der Veröffentlichung der Marx'schen „Kritik“ bei den „Machhabern“ der deutschen Sozialdemokratie. Ihren Vorwurf, daß die „Kritik“ „den Gegnern eine Waffe in die Hände“ gebe, weist Engels zurück und betont die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Opportunismus, betont die Bedeutung der „rücksichtslosen Selbstkritik“ als der stärksten Waffe dieses Kampfes und der geistigen Sammlung der Partei. Sehr wertvoll in diesem Briefe ist auch die erbarmungslose Charakteristik Lassalles — der Entwurf einer von Engels geplanten Arbeit, die mit der „Lassalle-Legende“ ein Ende machen sollte. Schon damals förderte Kautsky die Verbreitung dieser Legende. Er pries Lassalle, „aus dessen Schriften — seiner Meinung nach — die älteren Parteigenossen alle und auch die große Mehrzahl der jüngeren ihr erstes sozialistisches Wissen, ihre erste Begeisterung für den Sozialismus gesogen haben“. Aber nicht genug damit. Kautsky stellte Lassalle neben Marx als Führer und Lehrer des deutschen Proletariats. Gerade diese und ähnliche Ansichten Kautskys und anderer veranlaßten Engels, in seinem Brief gegen die „Lassalle-Legende“ zu protestieren\*\*.

\* Der Parteivorstand der SPD setzte an Stelle des Wortes „sozialdemokratische“ das Wort „deutsche“.

\*\* Ausführlicher über die Stellung von Kautsky handeln die Anmerkungen zu diesem Brief von Engels.

Außer diesen Dokumenten bringen wir in dieser Ausgabe der Marx'schen „Kritik des Gothaer Programms“ ein Bruchstück aus einem Heft Lenins: „Der Marxismus über den Staat“ und die Kapitel aus Lenins „Staat und Revolution“, die sich unmittelbar auf die „Kritik“ beziehen. Diese Dokumente zeigen uns, wie Lenin Marx und Engels studierte, wie er in seinem Kampfe gegen den Opportunismus, für die proletarische Revolution sich in theoretischer Hinsicht auf Marx und Engels stützte. Der Kampf Lenins gegen den heutigen Opportunismus, das heutige Renegatentum bildet die unmittelbare Fortsetzung des Kampfes von Marx und Engels gegen die bürgerliche Entstellung und Verflachung des Marxismus, für die revolutionäre Theorie und Politik des Proletariats.

Engels erklärte als Antwort auf das Geschrei der Führer der deutschen Sozialdemokratie aus Anlaß der Veröffentlichung der „Kritik“ mit aller Entschiedenheit, daß sich die Marx'sche Kritik Bahn brechen werde, daß er sie gerade deswegen veröffentlicht habe. Und sie hat sich Bahn gebrochen. In den Händen Lenins war die „Kritik“ abermals eine der wichtigsten Arbeiten Marx', auf die sich Lenin stützte, als er den „Theorien“ der ins Lager der Konterrevolution übergegangenen Renegaten Kautsky, Vandervelde und Konsorten vernichtende Schläge versetzte und die Marx'sche Lehre vom Staat, der Diktatur des Proletariats, der Uebergangsperiode zwischen Kapitalismus und Kommunismus, der beiden Phasen des Kommunismus — der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft — wieder herstellte und weiter entwickelte. Gerade auf Grund der „Kritik des Gothaer Programms“ hat Lenin im fünften Kapitel von „Staat und Revolution“ jenes glänzende, auf wirkliche wissenschaftliche Voraussetzung gegründete Bild des Uebergangs vom Sozialismus zum Kommunismus gezeichnet, das die 17. Parteikonferenz der KPdSU dem Kampfe für die Beseitigung der Klassen und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft im zweiten Fünfjahrplan zugrunde gelegt hat.

Die Marx'sche „Kritik des Gothaer Programms“, dieses Muster des unversöhnlichen Kampfes für die grundlegenden Ideen des

wissenschaftlichen Kommunismus, gegen seine Entstellungen, dieses kostbare Kleinod in der allgemeinen Schatzkammer dieser Ideen, sowie die von Lenin weiter entwickelten Lehrsätze der „Kritik“ geben uns die „Kraft der Orientierung, die Klarheit der Perspektive, die Sicherheit in der Arbeit, den Glauben an den Sieg unserer Sache“ (Stalin), die stets die Bürgschaft für den Sieg unserer Partei waren und die Hauptgarantie für die Durchführung der wahrhaft weltgeschichtlichen Aufgaben des zweiten Fünfjahrplans bilden.

\*

Die „Kritik des Gothaer Programms“ behandelt auch eine Reihe von anderen wichtigen prinzipiellen Fragen. Um dem Leser die Lektüre zu erleichtern, haben wir am Schluß ein Sachregister hinzugefügt, das nicht nur den Text der „Kritik“, sondern auch aller anderen Beilagen umfaßt.

Das Original des Manuskripts von Marx hat sich nicht erhalten. Erhalten geblieben ist nur eine von unbekannter Hand angefertigte Kopie, die sich unter den Briefen von Engels befand. Diese Kopie wurde im Jahre 1891 zur Zeit der Publizierung der „Kritik“ durch Engels angefertigt. Diesen Text bringen wir in unserer Ausgabe. Alles, was in der ersten Ausgabe gestrichen worden ist, haben wir wieder aufgenommen.

Die Anmerkungen wurden von *E. Zobel* geschrieben.

*Marx-Engels-Lenin-Institut*

KARL MARX  
KRITIK DES GOTHAER PROGRAMMS  
RANDGLOSSEN ZUM PROGRAMM  
DER DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI (1875)

## I

1. „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Ertrag der Arbeit unverkürzt nach gleichem Recht allen Gesellschaftsgliedern.“

Erster Teil des Paragraphen: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur.“

Die Arbeit ist nicht die Quelle alles Reichtums. Die Natur ist ebenso sehr die Quelle der Gebrauchswerte (und aus solchen besteht doch wohl der sachliche Reichtum!) als die Arbeit, die selbst nur die Aeüßerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft<sup>1</sup>. Jene Phrase findet sich in allen Kinderbüchern und ist insofern richtig, als unterstellt wird, daß die Arbeit mit den dazugehörigen Gegenständen und Mitteln vorgeht. Ein sozialistisches Programm darf aber solchen bürgerlichen Redensarten nicht erlauben, die Bedingungen zu verschweigen, die ihnen allein einen Sinn geben. Und soweit der Mensch sich von vornherein zur Natur, der ersten Quelle aller Arbeitsmittel und -gegenstände, als Eigentümer verhält, sie als ihm gehörig behandelt, wird seine Arbeit Quelle von Gebrauchswerten, also auch von Reichtum. Die Bürger haben sehr gute Gründe, der Arbeit übernatürliche Schöpfungskraft anzudichten; denn gerade aus der Naturbedingtheit der Arbeit folgt, daß der Mensch, der kein anderes Eigentum besitzt als seine Arbeitskraft, in allen Gesellschafts- und Kulturzuständen der Sklave der anderen Menschen sein muß, die sich zu Eigentümern der gegenständlichen Arbeitsbedingungen gemacht haben. Er kann nur mit ihrer Erlaubnis arbeiten, also nur mit ihrer Erlaubnis leben<sup>2</sup>.

Lassen wir jetzt den Satz, wie er geht und steht, oder viel-



mehr hinkt. Was hätte man als Schlußfolgerung erwartet? Offenbar dies:

„Da die Arbeit die Quelle alles Reichtums ist, kann auch in der Gesellschaft sich niemand Reichtum aneignen außer als Produkt der Arbeit. Wenn er also nicht selber arbeitet, lebt er von fremder Arbeit und eignet sich auch seine Kultur auf Kosten fremder Arbeit an.“

Statt dessen wird durch die Wortschraube: „und da“ ein zweiter Satz angefügt, um aus ihm, nicht aus dem ersten, eine Schlußfolgerung zu ziehen.

Zweiter Teil des Paragraphen: „Nutzbringende Arbeit ist nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich.“

Nach dem ersten Satz war die Arbeit die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, also auch keine Gesellschaft ohne Arbeit möglich. Jetzt erfahren wir umgekehrt, daß keine „nutzbringende“ Arbeit ohne Gesellschaft möglich ist.

Man hätte ebensogut sagen können, daß nur in der Gesellschaft nutzlose und selbst gemeinschädliche Arbeit ein Erwerbszweig werden kann, daß man nur in der Gesellschaft vom Müßiggang leben kann usw. usw. — kurz den ganzen Rousseau abschreiben können<sup>3</sup>.

Und was ist „nutzbringende“ Arbeit? Doch nur die Arbeit, die den bezweckten Nutzeffekt hervorbringt. Ein Wilder — und der Mensch ist ein Wilder, nachdem er aufgehört hat Affe zu sein —, der ein Tier mit einem Stein schlägt, der Früchte sammelt usw., verrichtet „nutzbringende“ Arbeit.

Drittens: Die Schlußfolgerung: „Und da nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist — gehört der Ertrag der Arbeit unverkürzt, mit gleichem Recht, allen Gesellschaftsgliedern.“

Schöner Schluß! Wenn die nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Arbeitsertrag der Gesellschaft — und kommt dem einzelnen Arbeiter davon nur soviel zu, als nicht nötig ist, um die „Bedingung“ der Arbeit, die Gesellschaft, zu erhalten.

In der Tat ist dieser Satz auch zu allen Zeiten von den Verfechtern des jedesmaligen Gesellschaftszustandes geltend gemacht worden. Erst kommen die Ansprüche der Regierung mit allem was daran klebt, denn sie ist das gesellschaftliche Organ zur Erhaltung der gesellschaftlichen Ordnung; dann kommen die Ansprüche der verschiedenen Sorten von Privateigentum, denn die verschiedenen Sorten von Privateigentum sind die Grundlagen der Gesellschaft usw. Man sieht, man kann solche hohle Phrasen drehen und wenden wie man will.

Irgend welchen verständigen Zusammenhang haben der erste und zweite Teil des Paragraphen nur in dieser Fassung:

„Quelle des Reichtums und der Kultur wird die Arbeit nur als gesellschaftliche Arbeit“ oder, was dasselbe ist, „in und durch die Gesellschaft“.

Dieser Satz ist unstreitig richtig, denn wenn die vereinzelte Arbeit (ihre sachlichen Bedingungen vorausgesetzt) auch Gebrauchswerte schaffen kann, kann sie weder Reichtümer noch Kultur schaffen.

Aber ebenso unstreitig ist der andere Satz:

„Im Maße wie die Arbeit sich gesellschaftlich entwickelt und dadurch Quelle von Reichtum und Kultur wird, entwickeln sich Armut und Verwahrlosung auf seiten des Arbeiters, Reichtum und Kultur auf seiten des Nichtarbeiters“.

Dies ist das Gesetz der ganzen bisherigen Geschichte. Es war also, statt allgemeine Redensarten über „die Arbeit“ und „die Gesellschaft“ zu machen, hier bestimmt nachzuweisen, wie in der jetzigen kapitalistischen Gesellschaft endlich die materiellen usw. Bedingungen geschaffen sind, welche die Arbeiter befähigen und zwingen, jenen gesellschaftlichen Fluch zu brechen.

In der Tat aber ist der ganze, stilistisch und inhaltlich verfehlte Paragraph nur da, um das Lassallesche<sup>4</sup> Stichwort vom „unverkürzten Arbeitsertrag“ als Lösungswort auf die Spitze der Parteifahne zu schreiben. Ich komme später zurück auf den „Arbeitsertrag“, das „gleiche Recht“ usw., da dieselbe Sache in etwas anderer Form wiederkehrt.

2. „In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse. Die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.“

Der dem internationalen Statut\* entlehnte Satz ist in dieser „verbesserten“ Ausgabe falsch.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Grundeigentümer (das Monopol des Grundeigentums ist sogar Basis des Kapitalmonopols) und der Kapitalisten. Das internationale Statut nennt im betreffenden Passus weder die eine noch die andere Klasse der Monopolisten. Es spricht vom „Monopol der Arbeitsmittel, d. h. der Lebensquellen“. Der Zusatz: „Lebensquellen“ zeigt hinreichend, daß der Grund und Boden in den Arbeitsmitteln einbegriffen ist.

Die Verbesserung wurde angebracht, weil Lassalle, aus jetzt allgemein bekannten Gründen, nur die Kapitalistenklasse angriff, nicht die Grundeigentümer\*. In England ist der Kapitalist meistens nicht einmal der Eigentümer des Grund und Bodens, auf dem seine Fabrik steht.

3. „Die Befreiung der Arbeit erfordert die Erhebung der Arbeitsmittel zum Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gerechter Verteilung des Arbeitsertrags.“

„Erhebung der Arbeitsmittel zum Gemeingut“, soll wohl heißen ihre „Verwandlung in Gemeingut“, doch dies nur nebenbei.

Was ist „Arbeitsertrag“? Das Produkt der Arbeit oder sein Wert! Und im letzteren Fall der Gesamtwert des Produkts oder nur der Wertteil, den die Arbeit dem Wert der aufgezehrten Produktionsmittel neu zugesetzt hat?

„Arbeitsertrag“ ist eine lose Vorstellung, die Lassalle an die Stelle bestimmter ökonomischer Begriffe gesetzt hat.

Was ist „gerechte Verteilung“?

Behaupten die Bourgeois nicht, daß die heutige Verteilung „gerecht“ ist? Und ist sie in der Tat nicht die einzige „gerechte“ Verteilung auf Grundlage der heutigen Produktionsweise? Werden die ökonomischen Verhältnisse durch Rechtsbegriffe geregelt oder entspringen nicht umgekehrt die Rechtsverhältnisse aus den ökonomischen? Haben nicht auch die sozialistischen Sektierer die verschiedensten Vorstellungen über „gerechte“ Verteilung?

Um zu wissen, was man sich bei dieser Gelegenheit unter der Phrase „gerechte Verteilung“ vorzustellen hat, müssen wir den ersten Paragraphen mit diesem zusammenhalten. Letzterer unterstellt eine Gesellschaft, worin die „Arbeitsmittel Gemeingut sind und die Gesamtarbeit genossenschaftlich geregelt ist“, und aus dem ersten Paragraphen ersehen wir, daß „der Ertrag der Arbeit unverkürzt, nach gleichem Recht allen Gesellschaftsgliedern gehört“.

„Allen Gesellschaftsgliedern?“ Auch den Nichtarbeitenden? Wo bleibt da der „unverkürzte Arbeitsertrag“? Nur den arbeitenden Gesellschaftsgliedern? Wo bleibt da „das gleiche Recht“ aller Gesellschaftsglieder?

Doch „alle Gesellschaftsglieder“ und „das gleiche Recht“ sind offenbar nur Redensarten. Der Kern besteht darin, daß in dieser kommunistischen Gesellschaft jeder Arbeiter einen „unverkürzten“ Lassalleschen „Arbeitsertrag“ erhalten muß.

Nehmen wir zunächst das Wort „Arbeitsertrag“ im Sinne des Produkts der Arbeit, so ist der genossenschaftliche Arbeitsertrag das gesellschaftliche Gesamtprodukt.

Davon ist nun abzuziehen:

Erstens: Deckung zum Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel.

Zweitens: Zusätzlicher Teil für Ausdehnung der Produktion.

Drittens: Reserve- oder Assekuranzfonds gegen Mißfälle, Störungen durch Naturereignisse usw.

Diese Abzüge vom „unverkürzten Arbeitsertrag“ sind eine ökonomische Notwendigkeit und ihre Größe ist zu bestimmen nach vorhandenen Mitteln und Kräften, zum Teil durch Wahr-

scheinlichkeitsrechnung, aber sie sind in keiner Weise aus der Gerechtigkeit kalkulierbar.

Bleibt der andere Teil des Gesamtprodukts, bestimmt, als Konsumtionsmittel zu dienen.

Bevor er zur individuellen Teilung kommt, geht hiervon wieder ab:

Erstens: Die allgemeinen, nicht zur Produktion gehörigen Verwaltungskosten.

Dieser Teil wird von vornherein aufs bedeutendste beschränkt im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und vermindert sich im selben Maße als die neue Gesellschaft sich entwickelt.

Zweitens: Was zur gemeinschaftlichen Befriedigung von Bedürfnissen bestimmt ist, wie Schulen, Gesundheitsvorrichtungen usw.

Dieser Teil wächst von vornherein bedeutend im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und nimmt im selben Maße zu, wie die neue Gesellschaft sich entwickelt.

Drittens: Fonds für Arbeitsunfähige usw., kurz, was heute zu der sogenannten offiziellen Armenpflege gehört.

Erst jetzt kommen wir zu der „Verteilung“, die das Programm, unter Lassalleschem Einfluß, bornierterweise allein ins Auge faßt, nämlich an den Teil der Konsumtionsmittel, der unter die individuellen Produzenten der Genossenschaft verteilt wird.

Der „unverkürzte Arbeitsertrag“ hat sich unterderhand bereits in den „verkürzten“ verwandelt, obgleich, was dem Produzenten in seiner Eigenschaft als Privatindividuum entgeht, ihm direkt oder indirekt in seiner Eigenschaft als Gesellschaftsmitglied zugute kommt.

Wie die Phrase des „unverkürzten Arbeitsertrags“ verschwunden ist, verschwindet jetzt die Phrase des „Arbeitsertrags“ überhaupt<sup>18</sup>.

Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebensowenig erscheint hier die

auf Produkte verwandte Arbeit als Wert dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren. Das Wort „Arbeitsertrag“, auch heutzutage wegen seiner Zweideutigkeit verwerflich, verliert so allen Sinn.

Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht; die also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt. Demgemäß erhält der einzelne Produzent — nach den Abzügen — exakt zurück, was er ihr gibt. Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum. Z. B. der gesellschaftliche Arbeitstag besteht aus der Summe der individuellen Arbeitsstunden; die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds) und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleichviel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der anderen zurück.

Es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Warenaustausch regelt, soweit er Austausch Gleichwertiger ist. Inhalt und Form sind verändert, weil unter den veränderten Umständen niemand etwas geben kann, außer seiner Arbeit, und weil andererseits nichts in das Eigentum der einzelnen übergehen kann, außer individuellen Konsumtionsmitteln. Was aber die Verteilung der letzteren unter die einzelnen Produzenten betrifft, herrscht dasselbe Prinzip wie beim Austausch von Warenäquivalenten, es wird gleichviel Arbeit in einer Form gegen gleichviel Arbeit in einer anderen umgetauscht.



Das gleiche Recht ist hier daher immer noch dem Prinzip nach — das bürgerliche Recht, obgleich Prinzip und Praxis sich nicht mehr in den Haaren liegen, während der Austausch von Äquivalenten beim Warenaustausch nur im Durchschnitt, nicht für den einzelnen Fall existiert.

Trotz dieses Fortschritts ist dieses gleiche Recht stets noch mit einer bürgerlichen Schranke behaftet. Das Recht der Produzenten ist ihren Arbeitslieferungen proportional; die Gleichheit besteht darin, daß an gleichem Maßstab, der Arbeit, gemessen wird.

Der eine ist aber physisch oder geistig dem anderen überlegen, liefert also in derselben Zeit mehr Arbeit oder kann während mehr Zeit arbeiten; und die Arbeit, um als Maß zu dienen, muß der Ausdehnung oder der Intensität nach bestimmt werden, sonst hört sie auf, Maßstab zu sein. Dies gleiche Recht ist ungleiches Recht für ungleiche Arbeit. Es erkennt keine Klassenunterschiede an, weil jeder nur Arbeiter ist wie der andere; aber es erkennt stillschweigend die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit als natürliche Privilegien an. Es ist daher ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach, wie alles Recht. Das Recht kann seiner Natur nach nur in Anwendung von gleichem Maßstab bestehen; aber die ungleichen Individuen (und sie wären nicht verschiedene Individuen, wenn sie nicht ungleiche wären) sind nur an gleichem Maßstab meßbar, soweit man sie unter einen gleichen Gesichtspunkt bringt, sie nur von einer bestimmten Seite faßt, z. B. im gegebenen Fall sie nur als Arbeiter betrachtet; und weiter nichts in ihnen sieht, von allem anderen absieht. Ferner: Ein Arbeiter ist verheiratet, der andere nicht; einer hat mehr Kinder als der andere usw. usw. Bei gleicher Arbeitsleistung und daher gleichem Anteil an dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erhält also der eine faktisch mehr als der andere, ist der eine reicher als der andere usw. Um alle diese Mißstände zu vermeiden, müßte das Recht, statt gleich, ungleich sein<sup>11</sup>.

Aber diese Mißstände sind unvermeidbar in der ersten Phase

der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft<sup>12</sup>.

In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen — erst dann kann der enge bürgerliche Rechts horizon t ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!<sup>13</sup>

Ich bin weitläufiger auf den „unverkürzten Arbeitsertrag“ einerseits, „das gleiche Recht“, „die gerechte Verteilung“ andererseits eingegangen, um zu zeigen, wie sehr man frevelt, wenn man einerseits Vorstellungen, die zu einer gewissen Zeit einen Sinn hatten, jetzt aber zu veraltetem Phrasenkram geworden, unserer Partei wieder als Dogmen aufdrängen will, andererseits aber die realistische Auffassung, die der Partei so mühevoll beigebracht worden, die aber jetzt Wurzeln in ihr geschlagen, wieder durch ideologische Rechts- und andere, den Demokraten und französischen Sozialisten so geläufige Flausen verdreht.

Abgesehen von dem bisher Entwickelten war es überhaupt fehlerhaft, von der sogenannten Verteilung Wesens zu machen und den Hauptakzent auf sie zu legen.

Die jedesmalige Verteilung der Konsumtionsmittel ist nur Folge der Verteilung der Produktionsbedingungen selbst. Letztere Verteilung aber ist ein Charakter der Produktionsweise selbst. Die kapitalistische Produktionsweise z. B. beruht darauf, daß die sachlichen Produktionsbedingungen Nichtarbeitern zugeteilt sind unter der Form von Kapitaleigentum und Grundeigen-



tum, während die Masse nur Eigentümer der persönlichen Produktionsbedingung, der Arbeitskraft ist. Sind die Elemente der Produktion derart verteilt, so ergibt sich von selbst die heutige Verteilung der Konsumtionsmittel. Sind die sachlichen Produktionsbedingungen genossenschaftliches Eigentum der Arbeiter selbst, so ergibt sich ebenso eine von der heutigen verschiedene Verteilung der Konsumtionsmittel. Der Vulgärsozialismus (und von ihm wieder ein Teil der Demokratie) hat es von den bürgerlichen Oekonomen übernommen, die Distribution als von der Produktionsweise unabhängig zu betrachten und zu behandeln, daher den Sozialismus als hauptsächlich um die Distribution sich drehend, darzustellen<sup>14</sup>. Nachdem das wirkliche Verhältnis längst klargelegt, warum wieder rückwärts gehen?

4. „Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.“

Die erste Strophe ist aus den Eingangsworten der internationalen Statuten, aber „verbessert“. Dort heißt es: „Die Befreiung der Arbeiterklasse muß die Tat der Arbeiter selbst sein“<sup>15</sup>; hier hat dagegen „die Arbeiterklasse“ zu befreien — was? „die Arbeit“. Begreife wer kann.

Zum Schadenersatz ist dagegen die Gegenstrophe<sup>16</sup> Lassallesches Zitat vom reinsten Wasser: „der (der Arbeiterklasse) gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse bilden“<sup>17</sup>.

Im Kommunistischen Manifest heißt es: „Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse. Die übrigen Klassen verkommen und gehen unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenes Produkt“<sup>18</sup>.

Die Bourgeoisie ist hier als revolutionäre Klasse aufgefaßt — als Trägerin der großen Industrie — gegenüber Feudalen und Mittelständen, welche alle gesellschaftlichen Positionen behaupten wollen, die das Gebilde veralteter Produktionsweisen. Sie

bilden also nicht zusammen mit der Bourgeoisie nur eine reaktionäre Masse.

Andererseits ist das Proletariat der Bourgeoisie gegenüber revolutionär, weil es, selbst erwachsen auf dem Boden der großen Industrie, der Produktion den kapitalistischen Charakter abzustreifen strebt, den die Bourgeoisie zu verewigen sucht. Aber das Manifest setzt hinzu: Daß die „Mittelstände... revolutionär werden im Hinblick auf ihren bevorstehenden Uebergang ins Proletariat“<sup>19</sup>.

Von diesem Gesichtspunkt ist es also wieder Unsinn, daß sie, zusammen mit der Bourgeoisie und obendrein den Feudalen, gegenüber der Arbeiterklasse „nur eine reaktionäre Masse bilden“.

Hat man bei den letzten Wahlen<sup>20</sup> Handwerkern, kleinen Industriellen usw. und Bauern zugerufen: uns gegenüber bildet ihr mit Bourgeois und Feudalen nur eine reaktionäre Masse?

Lassalle wußte das Kommunistische Manifest auswendig, wie seine Gläubigen die von ihm verfaßten Heilsschriften. Wenn er es also so grob verfälschte, geschah es nur, um seine Allianz mit den absolutistischen und feudalen Gegnern wider die Bourgeoisie zu beschönigen<sup>21</sup>.

Im obigen Paragraph wird nun zudem sein Weisheitspruch an den Haaren herbeigezogen, ohne allen Zusammenhang mit dem verballhornten Zitat aus dem Statut der Internationale. Es ist also hier einfach eine Impertinenz, und zwar keineswegs Herrn Bismarck mißfällige, eine jener wohlfeilen Flageleien, worin der Berliner Marat macht<sup>22</sup>.

5. „Die Arbeiterklasse wirkt für ihre Befreiung zunächst im Rahmen des heutigen nationalen Staats, sich bewußt, daß das notwendige Ergebnis ihres Strebens, welches den Arbeitern aller Kulturländer gemeinsam ist, die internationale Völkerverbrüderung sein wird.“

Lassalle hatte im Gegensatz zum Kommunistischen Manifest und zu allem früheren Sozialismus die Arbeiterbewegung vom engsten nationalen Standpunkt gefaßt. Man folgt ihm darin, und dies nach dem Wirken der Internationale!<sup>23</sup>

Es versteht sich ganz von selbst, daß, um überhaupt kämpfen zu können, die Arbeiterklasse sich bei sich zu Hause organisieren muß als Klasse und daß das Inland der unmittelbare Schauplatz ihres Kampfes. Insofern ist ihr Klassenkampf, nicht dem Inhalt, sondern, wie das Kommunistische Manifest sagt, „der Form nach“ national<sup>24</sup>. Aber der „Rahmen des heutigen nationalen Staates“, z. B. des Deutschen Reichs, steht selbst wieder ökonomisch „im Rahmen“ des Weltmarkts, politisch „im Rahmen“ des Staatensystems. Der erste beste Kaufmann weiß, daß der deutsche Handel zugleich ausländischer Handel ist, und die Größe des Herrn Bismarck besteht ja eben in einer Art internationaler Politik<sup>25</sup>.

Und worauf reduziert die deutsche Arbeiterpartei ihren Internationalismus? Auf das Bewußtsein, daß das Ergebnis ihres Strebens „die internationale Völkerverbrüderung sein wird“ — eine dem bürgerlichen Freiheits- und Friedensbund<sup>26</sup> entlehnte Phrase, die als Äquivalent passieren soll für die internationale Verbrüderung der Arbeiterklassen im gemeinschaftlichen Kampf gegen die herrschenden Klassen und ihre Regierungen. Von internationalen Funktionen der deutschen Arbeiterklasse also kein Wort! Und so soll sie ihrer eigenen, mit den Bourgeois aller anderen Länder bereits gegen sie verbrüderten Bourgeoisie und Herrn Bismarcks internationaler Verschwörungspolitik das Paroli bieten!<sup>27</sup>

In der Tat steht das internationale Bekenntnis des Programms noch unendlich tief unter dem der Freihandelspartei. Auch sie behauptet, das Ergebnis ihres Strebens sei „die internationale Völkerverbrüderung“. Sie tut aber auch etwas, um den Handel international zu machen, und begnügt sich keineswegs bei dem Bewußtsein — daß alle Völker bei sich zu Hause Handel treiben.

Die internationale Tätigkeit der Arbeiterklassen hängt in keiner Art von der Existenz der „Internationalen Arbeiterassoziation“ ab. Diese war nur der erste Versuch, jener Tätigkeit ein Zentralorgan zu schaffen; ein Versuch, der durch den Anstoß, welchen er gab, von bleibendem Erfolg aber,

in seiner ersten historischen Form nach dem Fall der Pariser Kommune nicht länger durchführbar war.

Bismarcks „Norddeutsche“<sup>28</sup> war vollständig im Recht, wenn sie zur Zufriedenheit ihres Meisters verkündete, die deutsche Arbeiterpartei habe in dem neuen Programm dem Internationalismus<sup>29</sup> abgeschworen.

## II

„Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die deutsche Arbeiterpartei mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat — und — die sozialistische Gesellschaft; die Aufhebung des Lohnsystems mit dem ehernen Lohngesetz — und — der Ausbeutung in jeder Gestalt; die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.“

Auf den „freien“ Staat komme ich später zurück.

Also in Zukunft hat die deutsche Arbeiterpartei an Lassalles „ehernes Lohngesetz“<sup>20</sup> zu glauben! Damit es nicht verloren geht, begeht man den Unsinn, von „Aufhebung des Lohnsystems“ (sollte heißen: System der Lohnarbeit) mit dem „ehernen Lohngesetz“ zu sprechen. Hebe ich die Lohnarbeit auf, so hebe ich natürlich auch ihre Gesetze auf, seien sie „ehern“ oder schwammig. Aber Lassalles Bekämpfung der Lohnarbeit dreht sich fast nur um dies sogenannte Gesetz. Um daher zu beweisen, daß die Lassallesche Sekte gesiegt hat, muß das „Lohnsystem mit dem ehernen Lohngesetz“ aufgehoben werden und nicht ohne dasselbe.

Von dem „ehernen Lohngesetz“ gehört Lassalle bekanntlich nichts als das dem Goetheschen „ewigen, ehernen großen Gesetzen“ entlehnte Wort „ehern“. Das Wort ehern ist eine Signatur, woran sich die Rechtgläubigen erkennen. Nehme ich aber das Gesetz mit Lassalles Stempel und daher in seinem Sinn, so muß ich es auch mit seiner Begründung nehmen. Und was ist sie! Wie Lange<sup>21</sup> schon kurz nach Lassalles Tod zeigte: die (von Lange selbst gepredigte) Malthussche Bevölkerungstheorie<sup>22</sup>. Ist diese aber richtig, so kann ich wieder das Gesetz nicht aufheben, und wenn ich hundertmal die Lohnarbeit aufhebe, weil das Gesetz dann nicht nur das System der Lohnarbeit, sondern jedes gesellschaftliche System beherrscht. Gerade hierauf

füßend, haben seit fünfzig Jahren und länger die Oekonomisten bewiesen, daß der Sozialismus das naturbegründete Elend nicht aufheben, sondern nur verallgemeinern, gleichzeitig über die ganze Oberfläche der Gesellschaft verteilen könne!

Aber all das ist nicht die Hauptsache. Ganz abgesehen von der falschen Lassalleschen Fassung des Gesetzes, besteht der wahrhaft empörende Rückschritt darin:

Seit Lassalles Tod<sup>23</sup> hat sich die wissenschaftliche Einsicht in unserer Partei Bahn gebrochen, daß der Arbeitslohn nicht das ist, was er zu sein scheint, nämlich der Wert, resp. Preis der Arbeit, sondern nur eine maskierte Form für den Wert, resp. Preis der Arbeitskraft. Damit war die ganze bisherige bürgerliche Auffassung des Arbeitslohnes sowie die ganze bisher gegen dieselbe gerichtete Kritik ein für allemal über den Haufen geworfen und klargestellt, daß der Lohnarbeiter nur die Erlaubnis hat, für sein eigenes Leben zu arbeiten, d. h. zu leben, soweit er gewisse Zeit umsonst für den Kapitalisten (daher auch für dessen Mitzeher am Mehrwert) arbeitet; daß das ganze kapitalistische Produktionssystem sich darum dreht, diese Gratisarbeit zu verlängern durch Ausdehnung des Arbeitstags oder durch Entwicklung der Produktivität resp. größere Spannung der Arbeitskraft usw.; daß also das System der Lohnarbeit ein System der Sklaverei, und zwar einer Sklaverei ist, die im selben Maße härter wird, wie sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit entwickeln, ob nun der Arbeiter bessere oder schlechtere Zahlung empfangt<sup>24</sup>. Und nachdem diese Einsicht unter unserer Partei sich mehr und mehr Bahn gebrochen, kehrt man zu Lassalles Dogmen zurück, obgleich man nun wissen mußte, das Lassalle nicht wußte, was der Arbeitslohn war, sondern im Gefolge der bürgerlichen Oekonomen den Schein für das Wesen der Sache nahm.

Es ist als ob unter Sklaven, die endlich hinter das Geheimnis der Sklaverei gekommen und in Rebellion ausgebrochen, ein in veralteten Vorstellungen befangener Sklave auf das Programm der Rebellion schriebe: die Sklaverei muß abgeschafft



werden, weil die Beköstigung der Sklaven im System der Sklaverei ein gewisses niedriges Maximum nicht überschreiten kann!

Die bloße Tatsache, daß die Vertreter unserer Partei fähig waren, ein so ungeheuerliches Attentat auf die in der Parteilasse verbreitete Einsicht zu begehen, beweist sie nicht allein, mit welchem frevelhaften Leichtsinne, mit welcher Gewissenlosigkeit sie bei Abfassung des Kompromißprogramms zu Werke gingen!

Anstatt der unbestimmten Schlußphrase des Paragraphen „die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit“ war zu sagen: daß mit der Abschaffung der Klassenunterschiede von selbst alle aus ihnen entspringende soziale und politische Ungleichheit verschwindet.

## III

„Die deutsche Arbeiterpartei verlangt, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfang ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.“

Nach dem Lassalleschen „ehernen Lohngesetz“ das Heilmittel des Propheten. Es wird in würdiger Weise „angebahnt“. An die Stelle des existierenden Klassenkampfes tritt eine Zeitungsschreiberphrase: „die soziale Frage“, deren „Lösung“ man „anbahnt“. Statt aus dem revolutionären Umwandlungsprozeß der Gesellschaft, „entsteht“ die „sozialistische Organisation der Gesamtarbeit“ aus „der Staatshilfe“, die der Staat Produktivgenossenschaften gibt, die er, nicht der Arbeiter, „ins Leben ruft“. Es ist dies würdig der Einbildung Lassalles, daß man mit Staatsanleihen ebensogut eine neue Gesellschaft bauen kann wie eine neue Eisenbahn!

Aus einem Rest von Scham stellt man „die Staatshilfe“ — unter die demokratische Kontrolle des „arbeitenden Volkes“.

Erstens besteht „das arbeitende Volk“ in Deutschland zur Majorität aus Bauern und nicht aus Proletariern.

Zweitens heißt „demokratisch“ zu deutsch „volksherrschaftlich“. Was heißt aber „die volksherrschaftliche Kontrolle des arbeitenden Volkes“? Und nun gar bei einem Arbeitervolk, das durch diese Forderungen, die es an den Staat stellt, sein volles Bewußtsein ausspricht, daß es weder an der Herrschaft ist, noch zur Herrschaft reif ist!

Auf die Kritik des von Buchez<sup>22</sup> unter Louis Philipp<sup>23</sup> im



Gegensatz gegen die französischen Sozialisten verschriebenen und von den reaktionären Arbeitern des Atelier<sup>87</sup> angenommenen Rezepts, ist es überflüssig, hier einzugehen. Es liegt auch der Hauptanstoß nicht darin, daß man diese spezifische Wunderkur ins Programm geschrieben, sondern daß man überhaupt vom Standpunkt der Klassenbewegung zu dem der Sektenbewegung zurückgeht.

Daß die Arbeiter die Bedingungen der genossenschaftlichen Produktion auf sozialem, und zunächst bei sich auf nationalem Maßstab herstellen wollen, heißt nur, daß sie an der Umwälzung der jetzigen Produktionsbedingungen arbeiten, und hat nichts gemein mit der Stiftung von Kooperativgesellschaften mit Staatshilfe. Was aber die jetzigen Kooperativgesellschaften betrifft, so haben sie nur Wert, soweit sie unabhängige, weder von den Regierungen noch von den Bourgeois protegierte Arbeiterschöpfungen sind.

## IV

Ich komme jetzt zum demokratischen Abschnitt.

A. „Freiheitliche Grundlage des Staates.“

Zunächst nach II. erstrebt die deutsche Arbeiterpartei „den freien Staat“.

Freier Staat — was ist das?

Es ist keineswegs Zweck der Arbeiter, die den beschränkten Untertanenverstand los geworden, den Staat frei zu machen. Im Deutschen Reich ist der „Staat“ fast so „frei“ als in Rußland. Die Freiheit besteht darin, den Staat aus einem der Gesellschaft übergeordneten in ein ihr durchaus untergeordnetes Organ zu verwandeln, und auch heute sind die Staatsformen freier oder unfreier im Maße, worin sie die „Freiheit des Staates“ beschränken.

Die deutsche Arbeiterpartei — wenigstens, wenn sie das Programm zu dem ihrigen macht — zeigt, wie ihr die sozialistischen Ideen nicht einmal hauttief sitzen; indem sie, statt die bestehende Gesellschaft (und das gilt von jeder künftigen) als Grundlage des bestehenden Staats (oder künftigen für künftige Gesellschaft) zu behandeln, den Staat vielmehr als ein selbständiges Wesen behandelt, das seine eigenen geistigen, sittlichen, freiheitlichen Grundlagen besitzt.

Und nun gar der wüste Mißbrauch, den das Programm mit den Worten „heutiger Staat“, „heutige Gesellschaft“ treibt, und den noch wüsteren Mißverstand, den es über den Staat anrichtet, an den es seine Forderungen richtet!

Die „heutige Gesellschaft“ ist die kapitalistische Gesellschaft, die in allen Kulturländern existiert, mehr oder weniger frei von mittelalterlichem Beisatz, mehr oder weniger durch die besondere geschichtliche Entwicklung jedes Landes modifiziert, mehr

oder weniger entwickelt. Dagegen der „heutige Staat“ wechselt mit der Landesgrenze. Er ist ein anderer im preußisch-deutschen Reich als in der Schweiz, ein anderer in England als in den Vereinigten Staaten. „Der heutige Staat“ ist also eine Fiktion.

Jedoch haben die verschiedenen Staaten der verschiedenen Kulturländer trotz ihrer bunten Formverschiedenheit alle das gemein, daß sie auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft stehen, nur einer mehr oder minder kapitalistisch entwickelten. Sie haben daher auch gewisse wesentliche Charaktere gemein. In diesem Sinne kann man von „heutigem Staatswesen“ sprechen, im Gegensatz zur Zukunft, worin seine jetzige Wurzel, die bürgerliche Gesellschaft, abgestorben ist.

Es fragt sich dann: welche Umwandlung wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft erleiden! In anderen Worten, welche gesellschaftlichen Funktionen bleiben dort übrig, die jetzigen Staatsfunktionen analog sind? Diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten, und man kommt dem Problem durch tausendfache Zusammensetzung des Wortes Volk mit dem Worte Staat auch nicht um einen Flohsprung näher.

Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats<sup>38</sup>.

Das Programm nun hat es weder mit letzterer zu tun noch mit dem zukünftigen Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft<sup>39</sup>.

Seine politischen Forderungen enthalten nichts außer der alten weltbekannten demokratischen Litanei: allgemeines Wahlrecht, direkte Gesetzgebung, Volksrecht, Volkswehr usw.<sup>40</sup> Sie sind bloßes Echo der bürgerlichen Volkspartei<sup>41</sup>, des Friedens- und Freiheitsbundes. Es sind lauter Forderungen, die, soweit sie nicht in phantastischer Vorstellung übertrieben, bereits realisiert sind. Nur liegt der Staat, dem sie angehören, nicht innerhalb der deutschen Reichsgrenze, sondern in der Schweiz, den Vereinigten Staaten usw. Diese Sorte „Zukunftstaat“ ist heuti-

ger Staat, obgleich außerhalb „des Rahmens“ des deutschen Reiches existierender.

Aber man hat eines vergessen. Da die deutsche Arbeiterpartei ausdrücklich erklärt, sich innerhalb „des heutigen nationalen Staates“, also ihres Staates, des preußisch-deutschen Reiches, zu bewegen — ihre Forderungen wären ja sonst auch größtenteils sinnlos, da man nur fordert was man nicht hat — so dürfte sie die Hauptsache nicht vergessen, nämlich, daß alle jene schönen Sächelchen auf der Anerkennung der sogenannten Volkssouveränität beruhen, daß sie daher nur in einer demokratischen Republik am Platze sind.

Da man nicht den Mut hat — und weislich, denn die Verhältnisse gebieten Vorsicht — die demokratische Republik zu verlangen, wie es die französischen Arbeiterprogramme unter Louis Philipp und unter Louis Napoleon<sup>42</sup> taten — so hätte man auch nicht zu der weder „ehrlichen“ noch „würdigen“ Finte flüchten sollen, Dinge, die nur in einer demokratischen Republik Sinn haben, von einem Staat zu verlangen, der nichts anderes als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter, schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus<sup>43</sup> ist, und diesem Staat obendrein noch zu beteuern, daß man ihm dergleichen „mit gesetzlichen Mitteln“ aufdringen zu können wähnt.

Selbst die Vulgärdemokratie, die in der demokratischen Republik das tausendjährige Reich sieht und keine Ahnung davon hat, daß gerade in dieser letzten Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft der Klassenkampf definitiv auszufechten ist — selbst sie steht noch berghoch über solche Art Demokratentum innerhalb der Grenzen des polizeilich Erlaubten und logisch Unerlaubten<sup>44</sup>.

Daß man in der Tat unter „Staat“ die Regierungsmaschine versteht oder den Staat, soweit er einen durch Teilung der Arbeit von der Gesellschaft gesonderten, eigenen Organismus bildet, zeigen schon die Worte: „die Deutsche Arbeiterpartei verlangt als wirtschaftliche Grundlage des Staates:

eine einzige progressive Einkommensteuer usw.". Die Steuern sind die wirtschaftliche Grundlage der Regierungsmaschinerie und von sonst nichts. In dem in der Schweiz existierenden Zukunftsstaat ist diese Forderung ziemlich erfüllt. Einkommensteuer setzt die verschiedenen Einkommensquellen der verschiedenen gesellschaftlichen Klassen voraus, also die kapitalistische Gesellschaft. Es ist also nichts Auffälliges, daß die Finanzialreformer von Liverpool—Bourgeois mit Gladstones<sup>46</sup> Bruder an der Spitze — dieselbe Forderung stellen, wie das Programm.

B. „Die Deutsche Arbeiterpartei verlangt als geistige und sittliche Grundlage des Staates:

1. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht, unentgeltlichen Unterricht.“

Gleiche Volkserziehung? Was bildet man sich unter diesen Worten ein? Glaubt man, daß in der heutigen Gesellschaft (und man hat nur mit der zu tun) die Erziehung für alle Klassen gleich sein kann? Oder verlangt man, daß auch die höheren Klassen zwangsweise auf das Modikum Erziehung — der Volksschule — reduziert werden sollen, das allein mit den ökonomischen Verhältnissen nicht nur der Lohnarbeiter, sondern auch der Bauern verträglich ist?

„Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht.“ Die erste existiert selbst in Deutschland, das zweite in der Schweiz und den Vereinigten Staaten für Volksschulen. Wenn in einigen Staaten der letzteren auch höhere Unterrichtsanstalten „unentgeltlich“ sind, so heißt das faktisch nur den höheren Klassen ihre Erziehungskosten aus dem allgemeinen Steuersäckel bestreiten. Nebenbei gilt dasselbe von der unter A. 5 verlangten „unentgeltlichen Rechtspilege“. Die Kriminaljustiz ist überall unentgeltlich zu haben; die Ziviljustiz dreht sich fast nur um Eigentumskonflikte, berührt also fast nur die besitzenden Klassen. Sollen sie auf Kosten des Volkssäckels ihre Prozesse führen?

Der Paragraph über die Schulen hätte wenigstens technische Schulen (theoretische und praktische) in Verbindung mit der Volksschule verlangen sollen.

Ganz verwerflich ist eine „Volkserziehung durch den Staat“. Durch ein allgemeines Gesetz die Mittel der Volksschulen bestimmen, die Qualifizierung des Lehrpersonals, die Unterrichtszweige usw., und, wie es in den Vereinigten Staaten geschieht, durch Staatsinspektoren die Erfüllung dieser gesetzlichen Vorschriften überwachen, ist etwas ganz anderes, als den Staat zum Volkserzieher zu ernennen! Vielmehr sind Regierung und Kirche gleichmäßig von jedem Einfluß auf die Schule auszuschließen. Im Preußisch-Deutschen Reich nun gar (und man helfe sich nicht mit der faulen Ausflucht, daß man von einem „Zukunftsstaat“ spricht; wir haben gesehen, welche Bewandnis es damit hat), bedarf umgekehrt der Staat einer sehr rauhen Erziehung durch das Volk.

Doch das ganze Programm, trotz allen demokratischen Geplänkelns, ist durch und durch vom Untertanenglauben der Lassalleschen Sekte an den Staat verpestet, oder, was nicht besser, vom demokratischen Wunderglauben, oder vielmehr ist es ein Kompromiß zwischen diesen zwei Sorten, dem Sozialismus gleich fernem Wunderglauben.

„Freiheit der Wissenschaft“ lautet ein Paragraph der preußischen Verfassung. Warum also hier!

„Gewissensfreiheit“! Wollte man zu dieser Zeit des Kulturkampfes dem Liberalismus seine alten Stichworte zu Gemüt führen, so konnte es doch nur in dieser Form geschehen: Jeder muß seine religiöse wie seine leibliche Notdurft verrichten können, ohne daß die Polizei ihre Nase hineinsteckt. Aber die Arbeiterpartei mußte doch bei dieser Gelegenheit ihr Bewußtsein darüber aussprechen, daß die bürgerliche „Gewissensfreiheit“ nichts ist außer der Duldung aller möglichen Sorten religiöser Gewissensfreiheit, und daß sie vielmehr die Gewissen vom religiösen Spuk zu befreien strebt“. Man beliebt aber das „bürgerliche“ Niveau nicht zu überschreiten.

Ich bin jetzt zu Ende gelangt, denn der nun im Programm folgende Anhang<sup>47</sup> bildet keinen charakteristischen Bestandteil desselben. Ich habe mich dabei hier ganz kurz zu fassen.



## 2. Normalarbeitstag.“

Die Arbeiterpartei keines anderen Landes hat sich auf solch unbestimmte Forderung beschränkt, sondern stets die Länge des Arbeitstages fixiert, die sie unter den gegebenen Umständen für normal hält.

## 3. „Beschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit.“

Die Normierung des Arbeitstages muß die Beschränkung der Frauenarbeit schon einschließen, soweit sie sich auf Dauer, Pausen usw. des Arbeitstages bezieht; sonst kann sie nur Ausschluß der Frauenarbeit aus Arbeitszweigen bedeuten, die speziell gesundheitswidrig für den weiblichen Körper oder für das weibliche Geschlecht sittenwidrig sind. Meinte man das, so mußte es gesagt werden:

„Verbot der Kinderarbeit!“ Hier war absolut notwendig, die Altersgrenze anzugeben.

Allgemeines Verbot der Kinderarbeit ist unverträglich mit der Existenz der großen Industrie und daher leerer frommer Wunsch.

Durchführung desselben — wenn möglich — wäre reaktionär, da bei strenger Regelung der Arbeitszeit nach den verschiedenen Altersstufen und sonstigen Vorsichtsmaßregeln zum Schutz der Kinder, frühzeitige Verbindung produktiver Arbeit mit Unterricht eines der mächtigsten Umwandlungsmittel der heutigen Gesellschaft ist.

## 4. „Staatliche Ueberwachung der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie.“

Gegenüber dem preußisch-deutschen Staat war bestimmt zu verlangen, daß die Inspektoren nur gerichtlich absetzbar sind; daß jeder Arbeiter sie wegen Pflichtverletzung den Gerichten denunzieren kann; daß sie dem ärztlichen Stand angehören müssen.

## 5. „Regelung der Gefängnisarbeit.“

Kleinliche Forderung in einem allgemeinen Arbeiterprogramm. Jedenfalls mußte man klar aussprechen, daß man aus Konkurrenzneid die gemeinen Verbrecher nicht wie Vieh behan-

delt wissen und ihnen namentlich ihr einziges Besserungsmittel, produktive Arbeit, nicht abschneiden will. Das war doch das geringste, was man von Sozialisten erwarten durfte.

## 6. „Ein wirksames Haftgesetz“.

Es war zu sagen, was man unter „wirksamem“ Haftgesetz versteht.

Nebenbei bemerkt, hat man beim Normalarbeitstag den Teil der Fabrikgesetzgebung übersehen, der Gesundheitsmaßregeln und Schutzmittel gegen Gefahr usw. betrifft. Das Haftgesetz tritt erst in Wirkung, sobald diese Vorschriften verletzt werden.

Kurz, auch dieser Anhang zeichnet sich durch schlottrige Redaktion aus.

Dixi et salvavi animam meam<sup>50</sup>.



**BRIEFE  
VON MARX UND ENGELS  
UEBER DAS GOTHAER PROGRAMM**

## ENGELS AN BEBEL

London, den 18. (28.) März 1875.

Lieber Bebel!<sup>51</sup>

Ich habe Ihren Brief vom 23. Februar erhalten und freue mich, daß es Ihnen körperlich so gut geht.

Sie fragen mich, was wir von der Einigungsgeschichte halten? Leider ist es uns ganz gegangen wie Ihnen. Weder Liebknecht noch sonst jemand hat uns irgendwelche Mitteilung gemacht, und auch wir wissen daher nur, was in den Blättern steht, und da stand nichts, bis vor zirka acht Tagen der Programmwurf kam. Der hat uns allerdings nicht wenig in Erstaunen gesetzt.

Unsere Partei hat so oft den Lassalleanern die Hand zur Versöhnung oder doch wenigstens zum Kartell geboten und war von den Hasenclever, Hasselmann und Tölckes<sup>52</sup> so oft und so schnöde zurückgewiesen worden, daß daraus jedes Kind den Schluß ziehen mußte, wenn diese Herren jetzt selbst kommen und Versöhnung bieten, so müssen sie in einer verdammten Klemme sein. Bei dem wohlbekannten Charakter dieser Leute ist es aber unsere Schuldigkeit, diese Klemme zu benutzen, um uns alle und jede mögliche Garantie anzubedingen, damit nicht jene Leute auf Kosten unserer Partei in der öffentlichen Arbeitermeinung ihre erschütterte Stellung wieder befestigen. Man müßte sie äußerst kühl und mißtrauisch empfangen, die Vereinigung abhängig machen von dem Grad ihrer Bereitwilligkeit, ihre Sektenstichworte und ihre Staatshilfe fallen zu lassen und im wesentlichen das Eisenacher Programm von 1869<sup>53</sup> oder eine für den heutigen Zeitpunkt angemessene verbesserte Ausgabe desselben anzunehmen. Unsere Partei hätte von den Lassalleanern in theoretischer Beziehung, also in dem, was fürs Programm entscheidend ist, absolut nichts zu lernen, die Lassalle-

ner aber wohl von ihr; die erste Bedingung der Vereinigung war, daß sie aufhörten, Sektierer, Lassalleaner zu sein, daß sie also vor allem das Allerweltsheilmittel der Staatshilfe wo nicht ganz aufgaben, doch als eine untergeordnetere Uebergangsmaßregel unter und neben vielen möglichen anderen anerkannten. Der Programmentwurf beweist, daß unsere Leute theoretisch den Lassalleanföhrern hundertmal überlegen — ihnen an politischer Schlaubeit ebensowenig gewachsen sind; die „Ehrlichen“ sind einmal wieder von den Nichtehrlichen grausam über den Löffel barbiert worden.

Zuerst nimmt man die großtönende, aber historisch falsche Lassallesche Phrase an: gegenüber der Arbeiterklasse seien alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse<sup>55</sup>. Dieser Satz ist nur in einzelnen Ausnahmefällen wahr, zum Beispiel in einer Revolution des Proletariats, wie die Kommune, oder in einem Land, wo nicht nur die Bourgeoisie Staat und Gesellschaft nach ihrem Bilde gestaltet hat, sondern auch schon nach ihr das demokratische Kleinbürgertum diese Umbildung bis auf ihre letzten Konsequenzen durchgeführt hat. Wenn zum Beispiel in Deutschland das demokratische Kleinbürgertum zu dieser reaktionären Masse gehörte, wie konnte da die sozialdemokratische Arbeiterpartei jahrelang mit ihm, mit der Volkspartei<sup>56</sup>, Hand in Hand gehen? Wie kann der „Volksstaat“<sup>57</sup> fast seinen ganzen politischen Inhalt aus der kleinbürgerlich-demokratischen „Frankfurter Zeitung“<sup>58</sup> nehmen? Und wie kann man nicht weniger als sieben Forderungen in dieses selbe Programm aufnehmen, die direkt und wörtlich übereinstimmen mit dem Programm der Volkspartei und kleinbürgerlichen Demokratie? Ich meine die sieben politischen Forderungen 1 bis 5 und 1 bis 2, von denen keine einzige, die nicht bürgerlich-demokratisch<sup>59</sup>.

Zweitens wird das Prinzip der Internationalität der Arbeiterbewegung praktisch für die Gegenwart vollständig verleugnet, und das von den Leuten, die fünf Jahre lang und unter den schwierigsten Umständen dies Prinzip auf die ruhmvollste Weise hochgehalten. Die Stellung der deutschen Arbeiter an der Spitze der europäischen Bewegung beruht wesentlich auf ihrer

echt internationalen Haltung während des Krieges; kein anderes Proletariat hätte sich so gut benommen<sup>60</sup>. Und jetzt soll dieses Prinzip von ihnen verleugnet werden in dem Moment, wo überall im Ausland die Arbeiter es in demselben Maße betonen, in dem die Regierungen jeden Versuch seiner Betätigung in einer Organisation zu unterdrücken streben! Und was bleibt allein vom Internationalismus der Arbeiterbewegung übrig? Die blasse Aussicht — nicht einmal auf ein späteres Zusammenwirken der europäischen Arbeiter zur Befreiung — nein auf eine künftige „internationale Völkerverbrüderung“ — auf die „Vereinigten Staaten von Europa“ der Bourgeois von der Friedensliga!

Es war natürlich gar nicht nötig, von der Internationale als solcher zu sprechen. Aber das mindeste war doch, keinen Rückschritt gegen das Programm von 1869 zu tun und etwa zu sagen, obgleich die deutsche Arbeiterpartei zunächst innerhalb der ihr gesetzten Staatsgrenzen wirkt (sie hat kein Recht, im Namen des europäischen Proletariats zu sprechen, besonders nicht, etwas Falsches zu sagen), so ist sie sich ihrer Solidarität bewußt mit den Arbeitern aller Länder und wird stets bereit sein, wie bisher auch fernerhin die ihr durch diese Solidarität auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen. Derartige Verpflichtungen bestehen auch ohne daß man gerade sich als Teil der „Internationale“ proklamiert oder ansieht, zum Beispiel Hilfe, Abhalten von Zuzug bei Streiks, Sorge dafür, daß die Parteiorgane die deutschen Arbeiter von der ausländischen Bewegung unterrichtet halten, Agitation gegen drohende oder ausbrechende Kabinettkriege, Verhalten während solcher wie 1870 und 1871 mustergültig durchgeführt usw.

Drittens haben sich unsere Leute das Lassallesche „eiserne Lohngesetz“<sup>61</sup> aufoktroieren lassen, das auf einer ganz veralteten ökonomischen Ansicht beruht, nämlich, daß der Arbeiter im Durchschnitt nur das Minimum des Arbeitslohnes erhält, und zwar deshalb, weil nach Malthusscher Bevölkerungstheorie immer zuviel Arbeiter da sind (dies war Lassalles Beweisführung). Nun hat Marx im „Kapital“ ausführlich nachgewiesen, daß die Gesetze, die den Arbeitslohn regulieren, sehr

kompliziert sind, daß je nach den Verhältnissen bald dieses, bald jenes vorwiegt, daß sie also keineswegs ehern, sondern im Gegenteil sehr elastisch sind, und daß die Sache gar nicht so mit ein paar Worten abzumachen ist, wie Lassalle sich einbildete. Die Malthussche Begründung des von Lassalle ihm und Ricardo (unter Verfälschung des letzteren) abgeschriebenen Gesetzes, wie sie sich z. B. „Arbeiterlesebuch“, Seite 5, aus einer anderen Broschüre Lassalles<sup>22</sup> zitiert findet, ist von Marx in dem Abschnitt über „Akkumulationsprozeß des Kapitals“ ausführlich widerlegt. Man bekannte sich also durch Adoptierung des Lassalleschen „ehernen Gesetzes“ zu einem falschen Satz und einer falschen Begründung desselben.

Viertens stellt das Programm als einzige soziale Forderung auf — die Lassallesche Staatshilfe in ihrer nacktesten Gestalt, wie Lassalle sie von Buchez gestohlen hatte. Und das, nachdem Bracke diese Forderung sehr gut in ihrer ganzen Nichtigkeit aufgewiesen<sup>23</sup>; nachdem fast alle, wo nicht alle Redner unserer Partei im Kampfe mit den Lassalleanern genötigt gewesen sind, gegen diese „Staatshilfe“ aufzutreten! Tiefer konnte unsere Partei sich nicht demütigen. Der Internationalismus heruntergekommen auf Amand Gögg<sup>24</sup>, der Sozialismus auf den Bourgeoisrepublikaner Buchez, der diese Forderung gegenüber den Sozialisten stellte, um sie anzustechen!

Im besten Falle aber ist die „Staatshilfe“ im Lassalleschen Sinne doch nur eine einzige Maßregel unter vielen anderen, um das Ziel zu erreichen, was hier mit den lahmen Worten bezeichnet wird: „um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen“, als ob es für uns noch eine theoretisch ungelöste soziale Frage gäbe! Wenn man also sagt: Die Deutsche Arbeiterpartei erstrebt die Abschaffung der Lohnarbeit und damit der Klassenunterschiede vermittels Durchführung der genossenschaftlichen Produktion in Industrie und Ackerbau und auf nationalem Maßstab; sie tritt ein für jede Maßregel, welche geeignet ist, dieses Ziel zu erreichen! — so kann kein Lassalleaner etwas dagegen haben.

Fünftens ist von der Organisation der Arbeiterklasse als

Klasse vermittels der Gewerksgenossenschaften gar keine Rede. Und das ist ein sehr wesentlicher Punkt, denn dies ist die eigentliche Klassenorganisation des Proletariats, in der es seine täglichen Kämpfe mit dem Kapital durchficht, in der es sich schult und die heutzutage bei der schlimmsten Reaktion (wie jetzt in Paris) platterdings nicht mehr kaputt zu machen ist. Bei der Wichtigkeit, die diese Organisation auch in Deutschland erreicht, wäre es unserer Ansicht nach unbedingt notwendig, ihrer im Programm zu gedenken und ihr womöglich einen Platz in der Organisation der Partei offen zu lassen.

Das alles haben unsere Leute den Lassalleanern zu Gefallen getan. Und was haben die anderen nachgegeben? Daß ein Haufen ziemlich verworrener rein demokratischer Forderungen im Programm figurieren, von denen manche reine Modesache sind, wie z. B. die „Gesetzgebung durch das Volk“, die in der Schweiz besteht und mehr Schaden als Nutzen anrichtet, wenn sie überhaupt was anrichtet. Verwaltung durch das Volk. Das wäre noch etwas. Ebenso fehlt die erste Bedingung aller Freiheit: daß alle Beamten für alle ihre Amtshandlungen jedem Bürger gegenüber vor den gewöhnlichen Gerichten und nach gemeinem Recht verantwortlich sind. Davon, daß solche Forderungen wie: Freiheit der Wissenschaft, Gewissensfreiheit, in jedem liberalen Bourgeoisprogramm figurieren und sich hier etwas befremdend ausnehmen, davon will ich weiter nicht sprechen.

Der freie Volksstaat ist in den freien Staat verwandelt. Grammatikalisch genommen ist ein freier Staat ein solcher, wo der Staat frei gegenüber seinen Bürgern ist, also ein Staat mit despotischer Regierung. Man sollte das ganze Gerede vom Staat fallen lassen, besonders seit der Kommune, die schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war. Der „Volksstaat“ ist uns von den Anarchisten bis zum Ueberdruß in die Zähne geworfen worden, obwohl schon die Schrift Marx' gegen Proudhon<sup>25</sup> und nachher das Kommunistische Manifest<sup>26</sup> direkt sagen, daß mit Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Staat sich von selbst auflöst und verschwindet. Da nun der „Staat“



doch nur eine vorübergehende Einrichtung ist, deren man sich im Kampf, in der Revolution bedient, um seinen Gegner gewaltsam niederzuhalten, so ist es purer Unsinn, vom „freien Volksstaat“ zu sprechen: solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von der Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen<sup>67</sup>. Wir würden daher vorschlagen, überall statt „Staat“ „Gemeinwesen“ zu setzen, ein gutes altes deutsches Wort, das das französische „Kommune“ sehr gut vertreten kann<sup>68</sup>.

„Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit“ ist auch eine sehr bedenkliche Phrase statt: „Aufhebung aller Klassenunterschiede“. Von Land zu Land, von Provinz zu Provinz, von Ort zu Ort sogar wird immer eine gewisse Ungleichheit der Lebensbedingungen bestehen, die man auf ein Minimum reduzieren, aber nie ganz beseitigen können wird. Alpenbewohner werden immer andere Lebensbedingungen haben als Leute des flachen Landes. Die Vorstellung der sozialistischen Gesellschaft als des Reiches der Gleichheit ist eine einseitige französische Vorstellung, anlehnd an das alte „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, eine Vorstellung, die als Entwicklungsstufe ihrer Zeit und ihres Ortes berechtigt war, die aber, wie alle die Einseitigkeiten der früheren sozialistischen Schulen, jetzt überwunden sein sollte, da sie nur Verwirrung in den Köpfen anrichten und präzisere Darstellungsweisen der Sache gefunden sind.

Ich höre auf, obwohl fast jedes Wort in diesem dabei saft- und kraftlos redigierten Programm zu kritisieren wäre. Es ist der Art, daß, falls es angenommen wird, Marx und ich uns nie zu der auf dieser Grundlage errichteten neuen Partei bekennen können und uns sehr ernstlich werden überlegen müssen, welche Stellung wir — auch öffentlich<sup>69</sup> — ihr gegenüber zu nehmen haben. Bedenken Sie, daß man uns im Ausland für alle und jede Äußerungen und Handlungen der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei verantwortlich macht. So Bakunin in seiner Schrift „Politik und Anarchie“<sup>70</sup>, wo wir ein-

stehen müssen für jedes unüberlegte Wort, das Liebknecht<sup>71</sup> seit Stiftung des „Demokratischen Wochenblattes“<sup>72</sup> gesagt und geschrieben. Die Leute bilden sich eben ein, wir kommandierten von hier aus die ganze Geschichte, während Sie so gut wie ich wissen, daß wir uns fast nie im geringsten in die inneren Parteiangelegenheiten gemischt, und auch dann nur, um Böcke, die nach unserer Ansicht geschossen worden, und zwar nur theoretische, wieder nach Möglichkeit gutzumachen. Sie werden aber selbst einsehen, daß dies Programm einen Wendepunkt bildet, der uns sehr leicht zwingen könnte, alle und jede Verantwortlichkeit mit der Partei, die es anerkennt, abzulehnen.

Im allgemeinen kommt es weniger auf das offizielle Programm einer Partei an als auf das, was sie tut. Aber ein neues Programm ist doch immer eine öffentlich aufgepflanzte Fahne, und die Außenwelt beurteilt danach die Partei. Es sollte daher keinesfalls einen Rückschritt enthalten, wie dies gegenüber dem Eisenacher. Man sollte doch auch bedenken, was die Arbeiter anderer Länder zu diesem Programm sagen werden: welchen Eindruck diese Kniebeugung des gesamten deutschen sozialistischen Proletariats vor dem Lassalleanismus machen wird.

Dabei bin ich überzeugt, daß eine Einigung auf dieser Basis kein Jahr dauern wird. Die besten Köpfe unserer Partei sollten sich dazu hergeben, auswendig gelernte Lassallesche Sätze vom ehernen Lohngesetz und der Staatshilfe abzuleiern? Ich möchte z. B. Sie dabei sehen! Und täten sie es, ihre Zuhörer würden sie auszischen. Und ich bin sicher, die Lassalleaner bestehen gerade auf diesen Stücken des Programms wie der Jude Shylock<sup>73</sup> auf seinem Pfund Fleisch. Die Trennung wird kommen; aber wir werden Hasselmann, Hasenclever und Tölcke und Konsorten wieder „ehrlich gemacht“ haben; wir werden schwächer und die Lassalleaner stärker aus der Trennung hervorgehen; unsere Partei wird ihre politische Jungfernschaft verloren haben und wird nie wieder gegen Lassallephrasen, die sie eine Zeitlang selbst auf die Fahne geschrieben, herzhast auftreten können, und wenn die Lassalleaner dann wieder sagen: sie seien die eigentlichste und einzige Arbeiterpartei, unsere

Leute seien Bourgeois, so ist das Programm da, um es zu beweisen. Alle sozialistischen Maßregeln darin sind ihre, und unsere Partei hat nichts hineingesetzt als Forderungen der kleinbürgerlichen Demokratie, die auch von ihr in demselben Programm als Teil der „reaktionären Massen“ bezeichnet ist!

Ich hatte diesen Brief liegen lassen, da Sie doch am 1. April zu Ehren von Bismarcks<sup>74</sup> Geburtstag freikommen und ich ihn nicht der Chance des Abfassens bei einem Schmuggelversuch aussetzen wollte. Da kommt gerade ein Brief von Bracke, der auch wegen des Programms seine schweren Bedenken hat und unsere Meinung wissen will<sup>75</sup>. Ich schicke ihn daher zur Beförderung an ihn, damit er ihn lese und ich den ganzen Kram nicht noch einmal zu schreiben brauche. Uebrigens habe ich Ramm<sup>76</sup> ebenfalls klaren Wein eingeschenkt, an Liebknecht schrieb ich nur kurz. Ich verzeihe ihm nicht, daß er uns von der ganzen Sache kein Wort mitgeteilt (während Ramm und andere glaubten, er habe uns genau unterrichtet), bis es sozusagen zu spät war. Das hat er zwar von jeher so gemacht — und daher die viele unangenehme Korrespondenz, die wir, Marx und ich, mit ihm hatten — aber diesmal ist es doch zu arg, und wir gehen entschieden nicht mit.

Sehen Sie, daß Sie es einrichten, im Sommer herzukommen. Sie wohnen natürlich bei mir, und wenn das Wetter gut, können wir ein paar Tage seebaden gehen, das wird Ihnen nach dem langen Brummen recht nützlich sein.

Freundlichst

Ihr F. E.

MARX AN BRACKE<sup>77</sup>

London, 5. Mai 1875.

Lieber Bracke!

Nachstehende kritische Randglossen zu dem Koalitionsprogramm sind Sie wohl so gut, nach Durchlesung, zur Einsicht an Geib<sup>78</sup> und Auer<sup>79</sup>, Bebel und Liebknecht mitzuteilen. Ich bin überbeschäftigt und muß schon weit über das Arbeitsmaß hinausschießen, das mir ärztlich vorgeschrieben ist. Es war mir daher keineswegs ein „Genuß“, solch langen Wisch zu schreiben. Doch war es notwendig, damit später meinerseits zu tuende Schritte von den Parteifreunden, für welche diese Mitteilung bestimmt ist, nicht mißdeutet werden. Nach abgehaltenem Koalitionskongreß werden Engels und ich nämlich eine kurze Erklärung veröffentlichen, des Inhalts, daß wir besagtem Prinzipienprogramm durchaus fernstehen und nichts damit zu tun haben.

Es ist dies unerläßlich, da man im Ausland die von Parteifeinden sorgsamst genährte Ansicht — die durchaus irrige Ansicht — hegt, daß wir die Bewegung der sog. Eisenacher Partei insgeheim von hier aus lenken. Noch in einer jüngst erschienenen russischen Schrift macht Bakunin mich z. B. nicht nur für alle Programme usw. jener Partei verantwortlich, sondern sogar für jeden Schritt, den Liebknecht<sup>80</sup> vom Tage seiner Kooperation mit der Volkspartei an getan hat.

Abgesehen davon ist es meine Pflicht, ein nach meiner Ueberzeugung durchaus verwerfliches und die Partei demoralisierendes Programm auch nicht durch diplomatisches Stillschweigen anzuerkennen.

Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme<sup>81</sup>. Konnte man also nicht — und die Zeitumstände ließen das nicht zu — über das Eisenacher Programm

hinausgehen, so hätte man einfach eine Uebereinkunft für Aktion gegen den gemeinsamen Feind abschließen sollen. Macht man aber Prinzipienprogramme (statt das bis zur Zeit aufzuschieben, wo dergleichen durch längere gemeinsame Tätigkeit vorbereitet war), so errichtet man vor aller Welt Marksteine, an denen sie die Höhe der Parteibewegung mißt. Die Chefs der Lassalleaner kamen, weil die Verhältnisse sie dazu zwangen. Hätte man ihnen von vornherein erklärt, man lasse sich auf keinen Prinzipienmacher ein, so hätten sie sich mit einem Aktionsprogramm oder Organisationsplan zu gemeinschaftlicher Aktion begnügen müssen. Statt dessen erlaubt man ihnen, sich mit Mandaten bewaffnet einzustellen und erkennt diese Mandate seinerseits als bindend an, ergibt sich also den Hilfsbedürftigen auf Gnade und Ungnade. Um der Sache die Krone aufzusetzen, halten sie wieder einen Kongreß vor dem Kompromißkongreß, während die eigene Partei ihren Kongreß post festum<sup>82</sup> hält. Man wollte offenbar alle Kritik eskamotieren und die eigene Partei nicht zum Nachdenken kommen lassen. Man weiß, wie die bloße Tatsache der Vereinigung die Arbeiter befriedigt, aber man irrt sich, wenn man glaubt, dieser augenblickliche Erfolg sei nicht zu teuer erkaufte.

Uebrigens taugt das Programm nichts, auch abgesehen von der Heiligsprechung der Lassalleschen Glaubensartikel.

Ich werde Ihnen in der nächsten Zeit die Schlußlieferung der französischen Ausgabe des Kapitals schicken. Der Fortgang des Drucks war auf längere Zeit durch Verbot der französischen Regierung gehemmt. Diese Woche oder anfangs nächster wird die Sache fertig<sup>83</sup>. Haben Sie die früheren sechs Lieferungen erhalten? Schreiben Sie mir gefälligst auch die Adresse von Bernhard Becker<sup>84</sup>, dem ich ebenfalls die Schlußlieferungen schicken muß.

Die Volksstaatsbuchhandlung hat eigene Manieren. So hat man mir bis zu diesem Augenblick z. B. auch nicht ein einziges Exemplar des Abdrucks des Kölner Kommunistenprozesses<sup>85</sup> zukommen lassen.

Mit bestem Gruß

Ihr Karl Marx.

## ENGELS AN BRACKE.

London, 11. Oktober 1875.

Lieber Bracke!

Ich habe die Antwort auf Ihre letzten Briefe (den letzten vom 28. Juni) bisher verzögert, einerseits weil Marx und ich während sechs Wochen nicht beieinander waren — er in Karlsbad und ich an der See, wo ich den „Volksstaat“ nicht sah — und dann, weil ich ein wenig abwarten wollte, wie sich die neue Einigung und der Kombinierte Ausschuß<sup>86</sup> in der Praxis verhalten.

Wir sind ganz Ihrer Ansicht, daß Liebknecht durch seinen Eifer, die Einigung zu erreichen, jeden Preis für sie zu zahlen, die ganze Sache verfahren hat. Man konnte dies für nötig halten, brauchte es aber dem andern Kontrahenten nicht zu sagen oder zu zeigen. Nachher muß dann ein Fehler immer den andern rechtfertigen. Nachdem der Einigungskongreß einmal auf fauler Grundlage ins Werk gesetzt und ausposaunt war, durfte er um keinen Preis scheitern, und so mußte man von neuem in wesentlichen Punkten klein beigeben. Sie haben ganz recht: diese Einigung trägt den Keim der Spaltung in sich, und ich will froh sein, wenn dann nur die unheilbaren Fanatiker abfallen, nicht aber auch ein ganzer, sonst kräftiger und unter guter Schulung brauchbar zu machender Schwanz. Das wird abhängen von der Zeit, wann, und von den Umständen, unter denen das Unvermeidliche eintritt.

Das Programm in seiner schließlichen Redaktion besteht aus drei Bestandteilen:

1. den Lassalleschen Phrasen und Stichwörtern, die unter keiner Bedingung angenommen werden durften. Wenn zwei Fraktionen sich einigen, so setzt man ins Programm, worüber man einig, nicht das, was streitig ist. Indem unsere Leute dies dennoch zuließen, gingen sie freiwillig durchs kardinische Joch<sup>87</sup>.



2. eine Reihe vulgärdemokratischer Forderungen, im Geist und im Stil der Volkspartei<sup>11</sup> aufgesetzt.

3. eine Anzahl kommunistisch sein sollender Sätze, meist dem „Manifest“ entlehnt, aber so umredigiert, daß sie bei Lichte betrachtet, samt und sonders haarsträubenden Blödsinn enthalten. Wenn man diese Sachen nicht versteht, so soll man die Finger davon lassen oder aber sie wörtlich abschreiben von denen, die zugegebenermaßen die Sache verstehen.

Glücklicherweise ist es dem Programm besser gegangen als es verdient: Arbeiter wie Bourgeois und Kleinbürger lesen das hinein, was eigentlich drin stehen sollte, aber nicht drin steht, und von keiner Seite ist es jemandem eingefallen, öffentlich einen dieser wunderbaren Sätze auf seinen wirklichen Inhalt hin zu untersuchen. Das hat es uns möglich gemacht, zu diesem Programm zu schweigen. Es kommt dazu, daß man diese Sätze in keine fremde Sprache übersetzen kann, ohne gezwungen zu sein, entweder handgreiflich verrücktes Zeug hinzuschreiben oder aber ihnen einen kommunistischen Sinn unterzuschreiben, und letzteres tun soweit Freund und Feind. Ich selbst habe es tun müssen bei einer Uebersetzung für unsere spanischen Freunde.

Was ich von der Tätigkeit des Ausschusses gesehen, ist soweit nicht erfreulich. Erstens das Vorgehen gegen Ihre und B. Beckers Schriften<sup>12</sup>; nicht Schuld des Ausschusses, wenn es nicht durchdrang. Zweitens erzählte Sonnemann<sup>13</sup>, den Marx bei der Durchreise sah, er habe Vahlreich<sup>14</sup> eine Korrespondenz für die „Frankfurter Zeitung“ angeboten, aber der Ausschuß habe Vahlreich die Annahme verboten! Das geht denn doch über die Zensur, und ich begreife nicht, wie Vahlreich sich nur so etwas verbieten lassen konnte. Dabei die Ungeschicklichkeit! Sie hätten eher dafür sorgen sollen, daß die „Frankfurter Zeitung“ überall in Deutschland von den Unseren bedient würde! Endlich scheint mir das Verfahren der Lassalleischen Mitglieder bei Gründung der Berliner Assoziationsdruckerei auch nicht sehr aufrichtig; nachdem bei der Leipziger Druckerei unsere Leute vertrauensvoll dem Ausschuß zum Aufsichtsrat ernannt, müssen

die in Berlin erst dazu gezwungen werden. Doch kenne ich hier die Details nicht genau.

Es ist indes gut, daß der Ausschuß wenig Tätigkeit entfaltet und sich, wie C. Hirsch<sup>15</sup> sagt, der dieser Tage hier war, darauf beschränkt, als Korrespondenz- und Auskunftsbüro zu vegetieren. Jedes lebhaftere Einschreiten seinerseits würde die Krisis nur beschleunigen, und das scheinen die Leute zu fühlen.

Und welche Schwachheit, drei Lassalleaner und zwei von Unseren in den Ausschuß zu akzeptieren!<sup>16</sup>

Alles in allem, scheint man noch mit einem, wenn auch starken blauen Auge davonzukommen. Hoffen wir, daß es dabei bleibt und inzwischen die Propaganda unter den Lassalleanern ihre Wirkung tut. Wenn die Sache bis zu den nächsten Reichstagswahlen vorhält, kann's gut gehen. Aber da würden Stieber<sup>17</sup> und Tessendorf<sup>18</sup> ihr Bestes tun, und da wird auch die Zeit eintreten, wo man erst sehen wird, was man an Hasselmann und Hasenclever übernommen hat.

Marx ist von Karlsbad ganz verändert zurückgekommen, kräftig, frisch, munter und gesund, und kann sich nun bald wieder ernstlich an die Arbeit setzen. Er und ich grüßen Sie herzlich. Lassen Sie gelegentlich wieder von sich hören, wie es mit der Geschichte geht. Die Leipziger<sup>19</sup> sind alle zu tief dabei interessiert, als daß sie uns klaren Wein einschenken sollten, und die innere Parteigeschichte kommt gerade jetzt erst recht nicht an die Öffentlichkeit.

Aufrichtigst

Ihr F. E.



ENGELS AN BEBEL

London, den 12. Oktober 1875.

Lieber Bebel!

Ihr Brief bestätigt ganz unsere Ansicht, daß die Einigung unsererseits überstürzt ist und den Keim künftigen Zwiespalts in sich trägt. Wenn es gelingt, diesen Zwispalt bis über die nächsten Reichstagswahlen hinauszuschieben, wäre es schon gut.

Das Programm, wie es jetzt ist, besteht aus drei Teilen:

1. Den Lassalleschen Sätzen und Stichworten, die aufgenommen zu haben eine Schmach unserer Partei bleibt. Wenn zwei Fraktionen sich über ein Programm einigen, so setzen sie das hinein, worüber sie einig und berühren nicht das, worüber sie uneinig sind. Die Lassallesche Staatshilfe stand zwar im Eisenacher Programm<sup>100</sup>, aber als eine aus vielen Uebergangsmassregeln, und nach allem, was ich gehört habe, war sie, ohne die Einigung, ziemlich sicher, im diesjährigen Kongreß auf Brackes<sup>101</sup> Antrag an die Luft gesetzt zu werden. Jetzt figurirt sie als das eine unfehlbare und ausschließliche Heilmittel für alle sozialen Gebrechen. Das „eiserne Lohngesetz“ und andere Lassallesche Phrasen sich aufoktroieren zu lassen, war für unsere Partei eine kolossale moralische Niederlage. Sie bekehrte sich zum Lassalleschen Glaubensbekenntnis. Das ist nun einmal nicht wegzuleugnen. Dieser Teil des Programms ist das kaudinische Joch, unter dem unsere Partei zum größeren Ruhm des heiligen Lassalle durchgekrochen ist;

2. aus demokratischen Forderungen, die ganz im Sinn und im Stil der Volkspartei aufgesetzt sind;

3. aus Forderungen an den „heutigen Staat“ (wovon man

nicht weiß, an wen denn die übrigen „Forderungen“ gestellt werden), die sehr konfus und unlogisch sind;

4. aus allgemeinen Sätzen, meist dem „Kommunistischen Manifeste“ und den Statuten der Internationale entlehnt, die aber so unredigiert sind, daß sie entweder total Falsches enthalten oder aber reinen Blödsinn, wie Marx das in dem Ihnen bekannten Aufsatz<sup>100</sup> nachgewiesen.

Das Ganze ist im höchsten Grade unordentlich, konfus, unzusammenhängend, unlogisch und (blamabel). Wenn unter der Bourgeoispressse ein einziger kritischer Kopf wäre, er hätte dies Programm Satz für Satz durchgenommen, jeden Satz auf seinen wirklichen Inhalt hin untersucht, den Unsinn recht handgreiflich auseinandergelegt, die Widersprüche und ökonomischen Schnitzer (z. B.: daß die Arbeitsmittel heute „Monopol der Kapitalistenklasse“ sind, als ob es keine Grundbesitzer gäbe, das Gerede von „Befreiung der Arbeit“ statt der Arbeiterklasse, die Arbeit selbst ist heutzutage ja gerade viel zu frei!) entwickelt und unsere ganze Partei greulich lächerlich gemacht. Statt dessen haben die Esel von Bourgeoisblätter dies Programm ganz ernsthaft genommen, hineingelesen, was nicht darin steht und es kommunistisch gedeutet. Die Arbeiter scheinen dasselbe zu tun. Es ist dieser Umstand allein, der es Marx und mir möglich gemacht hat, uns nicht öffentlich von einem solchen Programm loszusagen. Solange unsere Gegner und ebenso die Arbeiter diesem Programm unsere Absichten unterschieben, ist es uns erlaubt, darüber zu schweigen.

Wenn Sie mit dem Resultat in der Personenfrage zufrieden sind, so müssen die Ansprüche auf unserer Seite ziemlich tief gesunken sein. Zwei von den Unseren und drei Lassalleaner! Also auch hier die Unseren nicht gleichberechtigte Alliierte, sondern Besiegte und von vornherein überstimmt. Die Aktion des Ausschusses, soweit wir sie kennen, ist auch nicht erbaulich: 1. Beschluß, Brackes und B. Beckers zwei Schriften über Lassallesches nicht auf die Parteischriftenliste zu setzen; wenn dies zurückgenommen, so ist es nicht die Schuld des Ausschusses und auch nicht Liebknechts; 2. Verbot an Vahlteich, die ihm

von Sonnemann angetragene Korrespondenz für die „Frankfurter Zeitung“ anzunehmen. Dies hat Sonnemann dem durchreisenden Marx selbst erzählt. Was mich noch mehr dabei wundert als die Arroganz des Ausschusses und die Bereitwilligkeit, womit Vahlteich sich gefügt hat, statt dem Ausschuß etwas zu pfeifen, ist die kolossale Dummheit dieses Beschlusses. Der Ausschuß sollte doch lieber dafür sorgen, daß ein Blatt, wie die „Frankfurter Zeitung“, von allen Orten aus nur durch unsere Leute<sup>101</sup> bedient wird.

...Daß die ganze Sache ein Erziehungsexperiment ist, das auch unter diesen Umständen einen sehr günstigen Erfolg verspricht, darin haben Sie ganz recht. Die Einigung als solche ist ein großer Erfolg, wenn sie sich zwei Jahre hält. Aber sie war unzweifelhaft weit billiger zu haben.

F. E.

ENGELS:  
VORWORT ZUR „KRITIK DES GOTHAER PROGRAMMS“<sup>102</sup>

Das hier abgedruckte Manuskript — der Begleitbrief an Bracke<sup>103</sup> sowohl wie die Kritik des Programmentwurfs — wurde 1875 kurz vor dem Gothaer Einigungskongreß an Bracke zur Mitteilung an Geib, Auer, Bebel und Liebknecht<sup>104</sup> und späteren Rücksendung an Marx abgesandt. Da der Haller Parteitag<sup>105</sup> die Diskussion des Gothaer Programms auf die Tagesordnung der Partei gesetzt hat, würde ich glauben, eine Unterschlagung zu begehen, wenn ich dies wichtige — vielleicht das wichtigste — in diese Diskussion einschlagende Aktenstück der Oeffentlichkeit noch länger vorenthielte.

Das Manuskript hat aber noch eine andere und weiter reichende Bedeutung. Zum erstenmal wird hier die Stellung von Marx zu der von Lassalle seit dessen Eintritt in die Agitation eingeschlagenen Richtung klar und fest dargelegt, und zwar sowohl was die ökonomischen Prinzipien wie die Taktik Lassalles betrifft.

Die rücksichtslose Schärfe, mit der hier der Programmentwurf zergliedert, die Uerbittlichkeit, womit die gewonnenen Resultate ausgesprochen, die Blößen des Entwurfs aufgedeckt werden, alles das kann heute, nach fünfzehn Jahren, nicht mehr verletzen. Spezifische Lassalleaner existieren nur noch im Ausland als vereinzelte Ruinen, und das Gothaer Programm ist in Halle sogar von seinen Schöpfern als durchaus unzulänglich preisgegeben worden.

Trotzdem habe ich einige persönlich scharfe Ausdrücke und Urteile da, wo dies für die Sache gleichgültig war, ausgelassen und durch Punkte ersetzt. Marx selbst würde dies tun, wenn er das Manuskript heute veröffentlichte. Die stellenweise heftige Sprache desselben war provoziert durch zwei Umstände. Erstens.

waren Marx und ich mit der deutschen Bewegung inniger verwachsen als mit irgendeiner anderen; der in diesem Programm-entwurf bekundete entschiedene Rückschritt mußte uns also besonders heftig erregen. Zweitens aber lagen wir damals, kaum zwei Jahre<sup>106</sup> nach dem Haager Kongreß der Internationale, im heftigsten Kampf mit Bakunin und seinen Anarchisten<sup>107</sup>, die uns für alles verantwortlich machten, was in Deutschland in der Arbeiterbewegung geschah; wir mußten also erwarten, daß man uns auch die geheime Vaterschaft dieses Programms zuschob. Diese Rücksichten fallen jetzt weg und mit ihnen die Notwendigkeit der fraglichen Stellen.

Auch aus pressgesetzlichen Gründen sind einige Sätze nur durch Punkte angedeutet. Wo ich einen milderen Ausdruck wählen mußte, ist er in eckige Klammern<sup>108</sup> gesetzt. Sonst ist der Abdruck wörtlich.

London, 6. Januar 1891.

Fr. Engels.

## ENGELS AN KAUTSKY<sup>109</sup>

London, 23. Februar 1891.

Lieber Kautsky!

Meine eilige Gratulation von vorgestern wirst Du erhalten haben. Also jetzt wieder zum besagten Hammel, dem Marxbrief.

Die Furcht, er werde den Gegnern eine Waffe in die Hand geben, war unbegründet. Boshafte Insinuationen werden ja an alles und jedes gehängt, aber im ganzen und großen war der Eindruck bei den Gegnern doch die vollständige Verdutztheit über diese rücksichtslose Selbstkritik und das Gefühl: welche innere Kraft muß eine Partei besitzen, die sich selbst so etwas bieten kann! Das geht aus dem von Dir gesandten (besten Dank!) und mir sonst zugänglich gewordenen Gegenblättern hervor. Und, offen gesagt, das war auch der Sinn, worin ich das Aktenstück veröffentlichte. Daß es hie und da im ersten Moment sehr unangenehm berühren mußte, das wußte ich, das war aber nicht zu vermeiden, und der sachliche Inhalt wog das in meinen Augen reichlich auf. Und ich wußte, daß die Partei reichlich stark genug war, das zu vertragen, und ich rechnete darauf, daß sie heute diese vor 15 Jahren gebrauchte unverhohlene Sprache auch vertragen würde; daß man mit gerechtem Stolz auf diese Kraftprobe hinweisen und sagen würde: wo ist die andere Partei, die gleiches wagen darf? Das hat man indes der „Sächsischen“ und „Wiener Arbeiter-Zeitung“ und der „Züricher Post“<sup>110</sup> überlassen.

Wenn Du in Nr. 21 der „Neuen Zeit“ die Verantwortlichkeit der Veröffentlichung übernimmst, so ist das sehr brav von Dir, aber vergiß nicht, daß ich doch den ersten Anstoß gab und obendrein Dich gewissermaßen in eine Zwangslage versetzte<sup>111</sup>. Ich beanspruche deshalb die Hauptverantwortlichkeit für mich.



Was Einzelheiten angeht, so kann man ja über solche immer verschiedener Ansicht sein. Ich habe alles gestrichen und geändert, was Du und Dietz<sup>112</sup> beanstandet, und hätte Dietz noch mehr angestrichen, so wäre ich auch da nach Möglichkeit kulant gewesen, das habe ich Euch stets bewiesen. Aber was die Hauptsache angeht, so war es meine Pflicht, das Ding zu veröffentlichen, sobald einmal das Programm zur Debatte stand. Und nun gar nach Liebknechts Haller Referat, worin er seine Auszüge daraus teils ungeniert als sein Eigentum verwertet, teils dagegen ankämpft, ohne es zu nennen<sup>113</sup>, hätte Marx dieser Veräblichung unbedingt das Original entgegengestellt, und ich war an seiner Stelle verpflichtet, dasselbe zu tun. Leider hatte ich damals das Aktenstück noch nicht, ich habe es erst viel später nach langem Suchen gefunden.

Du sagst, Bebel<sup>114</sup> schreibe Dir, die Behandlung Lassalles durch Marx habe bei den alten Lassalleanern böses Blut gesetzt. Das mag sein. Die Leute kennen ja die wirkliche Geschichte nicht, und es scheint auch nichts geschehen zu sein, sie darüber aufzuklären<sup>115</sup>. Wenn jene Leute nicht wissen, daß die ganze Größe Lassalles darauf beruhte, daß Marx ihm erlaubte, jahrelang sich mit Marx' Forschungsergebnissen als mit seinen eigenen zu schmücken und sie obendrein aus mangelhafter ökonomischer Vorbildung zu verdrehen, so ist das nicht meine Schuld. Aber ich bin literarischer Testamentsvollstrecker von Marx und habe als solcher auch meine Pflichten.

Lassalle gehört seit 26 Jahren der Geschichte an. Wenn man unter dem Ausnahmegesetz die historische Kritik über ihn hat ruhen lassen, so wird es endlich Zeit, daß sie zu ihrem Rechte kommt und über die Stellung Lassalles zu Marx Klarheit geschaffen wird. Die Legende, die die wahre Gestalt Lassalles verhüllt und verhimmelt, kann doch kein Glaubensartikel der Partei werden. Mag man die Verdienste Lassalles um die Bewegung noch so sehr anschlagen, seine historische Rolle darin bleibt eine zweischneidige. Den Sozialisten Lassalle begleitet der Demagog Lassalle auf Schritt und Tritt. Durch den Agitator und Organisator Lassalle scheint der Leiter des Hatzfeldschen Prozesses<sup>116</sup>

überall durch: derselbe Zynismus in der Wahl der Mittel, dieselbe Vorliebe, sich mit unruhigen und korrumpierten Leuten zu umgeben, die man als bloße Werkzeuge gebrauchen resp. wegwerfen kann. Bis 1862 in der Praxis spezifisch preußischer Vulgärdenokrat, mit stark bonapartistischen Neigungen (ich habe eben seine Briefe an Marx durchgesehen), schlug er plötzlich um aus rein persönlichen Ursachen und begann seine Agitation; und ehe zwei Jahre vorbei, verlangte er, die Arbeiter sollten die Partei des Königtums gegen die Bourgeoisie ergreifen, und mochte mit seinem Charakterverwandten Bismarck in einer Weise, die zum tatsächlichen Verrat an der Bewegung führen mußte, wäre er nicht zu seinem eigenen Glück rechtzeitig erschossen worden. In seinen Agitationsschriften ist das richtige, das er von Marx entlehnt, so sehr mit Lassalleschen eigenen und regelmäßig falschen Ausführungen verwebt, daß beides fast nicht zu trennen ist. Der Teil der Arbeiter, der sich durch Marx' Urteil verletzt fühlt, kennt von Lassalle eben nur die zwei Jahre Agitation und auch diese nur durch eine gefärbte Brille. Aber vor solchen Vorurteilen kann die historische Kritik nicht ewig stehenbleiben, den Hut in der Hand. Mir war es Pflicht, endlich einmal reinen Tisch zu schaffen zwischen Marx und Lassalle. Das ist geschehen. Damit kann ich mich vorderhand begnügen. Ich selbst habe zudem jetzt anderes zu tun. Und das veröffentlichte rücksichtslose Urteil Marx' über Lassalle wird schon allein seine Wirkung tun und anderen Mut machen. Aber würde ich dazu gezwungen, so bliebe mir keine Wahl: Ich müßte mit der Lassallelegende ein für allemal aufräumen.

Daß in der Fraktion Stimmen laut geworden, man solle die „Neue Zeit“ unter Zensur stellen, ist ja sehr schön. Spukt die sozialistengesetzliche Fraktionsdiktatur (die ja notwendig war und vortrefflich geführt wurde<sup>117</sup>) noch nach, oder sind es Erinnerungen an die weiland stramme Organisation von Schweizer<sup>118</sup>. Es ist in der Tat ein brillanter Gedanke, die deutsche sozialistische Wissenschaft, nach ihrer Befreiung vom Bismarck'schen Sozialistengesetz, unter ein neues, von den soz.-dem. Parteibehörden selbst zu fabrizierendes und auszuführendes Soziali-

stengesetz zu stellen. Im übrigen ist dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Der Vorwärtsartikel rührt mich wenig<sup>119</sup>. Ich werde Liebknechts Geschichtserzählung<sup>120</sup> abwarten und dann wohl in möglichst freundschaftlichem Ton auf beide antworten. Im Vorwärtsartikel sind nur einige Unrichtigkeiten zu korrigieren (z. B. wir hätten die Einigung nicht gewollt, die Ereignisse hätten Marx unrecht gegeben usw.) und Selbstverständliches zu bestätigen. Mit dieser Antwort denke ich dann die Debatte meinerseits zu schließen, falls ich nicht durch neue Angriffe oder unrichtige Behauptungen zu weiterem genötigt werde.

Sage Dietz, ich sei an der Bearbeitung des „Ursprungs“<sup>121</sup>. Aber nun schreibt heute Fischer<sup>122</sup> und will auch drei neue Vorreden<sup>123</sup> haben!

Dein F. E.

LENIN UEBER DIE  
„KRITIK DES GOTHAER PROGRAMMS“